Volksstimme

Sozialdemokratisches Organ für den Regierungsbezirk Merseburg.

Die „Volksstimme" erscheint täglich abends (mit Ausnahme der Sonn- und Festtage). Verantwortlicher Redakteur für den Teil Lokales und Provinzielles Carl Wendemuth, für die Inserate Rudolf Kochanski, Halle, für den übrigen Inhalt Richard Zillge, Leipzig. — Verlag der Volksstimme G.m.b.H., Halle, Große Ulrichstraße 27. — Druck Freie Presse G. m. b. H., Leipzig, Königstr. 5.

Bezugspreis: Monatlich 1 Mark, beim Abholen von der Expedition 90 Pfennig. Bei den Postanstalten vierteljährl. 2.70 M. ohne Bestellgeld. Einzelne Nummern 10 Pf. — Insertionsgebühr: Die 7gesp. Kolonelzeile 20 Pfennig, Inserate v. auswärts 25 Pfennig, im Reklameteil Zeile 75 Pfennig. Verlag u. Expedition: Halle, Große Ulrichstraße 27. Fernspr. 5407. — Zeitungspreisliste Seite 411.

Nr. 149. **Halle, Dienstag den 2. Juli 1918.** **2. Jahrgang.**

Kriegsziele der Entente-Sozialisten.

(Vorbemerkung der Schriftleitung der Freien Presse. Vor einigen Tagen hat Rudolf Breitscheid in einem Artikel: Wege zum Frieden? die Friedensaussichten angesichts der Haltung der feindlichen Regierung mit Recht als ungünstig bezeichnet und deshalb seine Hoffnung auf den eben abgehaltenen Londoner Arbeiterkongreß und eine internationale Sozialistenkonferenz gesetzt, der die Denkschrift der interalliierten Sozialisten auf der Londoner Konferenz vom 20. bis 24. Februar 1918 über die Kriegsziele zur Beratung vorgelegt werden soll. Zu der internationalen Konferenz sollen im vorhinein nur diejenigen Sozialisten zugelassen werden, die sich auf den Boden der Denkschrift stellen. Breitscheid sagte in seinem Aufsatze, die deutschen Mehrheitssozialisten hätten einstweilen noch Bedenken, auf den Boden der vorläufigen Platiform der Ententesozialisten zu treten. Wir haben schon einmal gesagt, daß die deutschen und österreichischen Sozialisten jede Gelegenheit zu einer Aussprache auf einer internationalen Konferenz mit Freuden begrüßen werden, wobei allerdings Voraussetzung ist, daß die Denkschrift nur eine vorläufige Platiform ist. Ueber die Denkschrift nun orientiert eine Betrachtung des Genossen Hugo Poetsch im Hamburger Echo, aus der die Leser erkennen mögen, daß es für deutsche Sozialisten völlig unmöglich ist, die Denkschrift als etwas anderes als eine Beratungsgrundlage anzusehen.)

•

Die Denkschrift über die Kriegsziele, der die interalliierten Sozialisten auf der Londoner Konferenz vom 20. bis 24. Februar 1918 zustimmten, liegt im Wortlaut vor. Wie es kam, daß dieses von London über Branting-Stockholm nach Berlin geleitete Aktenstück so lange unterwegs war, ist noch nicht aufgeklärt.

Auf der Londoner Konferenz waren die meisten der alliierten Staaten vertreten, andere, wie Kanada, Neuseeland, Australien und Indien hatten telegraphisch ihre Zustimmung zu dem englischen Entwurfe der Kriegszieldenkschrift gegeben. Die Bolschewiki hatten die Einladung abgelehnt, da die Konferenz ihrer Meinung nach den Prinzipien der Internationale zuwiderlaufe. Die russischen Sozialrevolutionäre waren aber auch nicht vertreten, weil die Bolschewiki-Regierung ihnen die Pässe verweigert hatte. Von Gompers, dem Präsidenten des amerikanischen Gewerkschaftsbundes, lag ein Schreiben vor, in dem mitgeteilt wurde, daß der Bund Umstände halber es nicht möglich machen könne, vertreten zu sein. Daran knüpft Herr Gompers, dessen Sozialisten- und Deutschenfeindschaft genügend bekannt ist, die Erklärung, daß wir — nämlich der amerikanische Gewerkschaftsbund — „mit einer Vertreterschaft derjenigen Völker, die in diesem Weltkrieg für Freiheit gegen uns verbündet sind, nicht zusammentreffen können". Und am Schlusse des Gompersschen Schreibens wird die Versicherung abgegeben, daß die amerikanischen Arbeiter sich verpflichten, alles, „was wir an Manneskraft und mindestens die Hälfte dessen, was wir an Vermögen besitzen, in diesem Kampfe aufzubieten, um der Welt Gerechtigkeit, Freiheit und Demokratie zu sichern". Die Konferenz ernannte fünf Ausschüsse, denen die verschiedenen Punkte zur Vorberatung überwiesen wurden. Die Texte der Kriegszielforderungen wurden vom Plenum der Konferenz „fast ohne Diskussion" angenommen. Es herrschte also vollkommene Einigkeit. Ein Antrag der italienischen sozialistischen Partei, diese Kriegsziele nur als Anleitung für die Friedensverhandlungen gelten zu lassen, wurde abgelehnt. Demnach scheinen die aufgestellten Ziele für die Ententesozialisten unverrückbar fest zu stehen — nicht mehr zu diskutieren. Gleichwohl haben sie die sozialistischen Parteien der Mittelmächte eingeladen, das Memorandum zu beantworten.

Zum Inhalt der Denkschrift müssen wir die bedauerliche Wahrnehmung machen, daß die Kriegsziele der Ententesozialisten sich in fast allen wesentlichen Punkten mit denen ihrer imperialistischen Regierungen decken. Da wird von einem Ueberfall Belgiens und Frankreichs gesprochen, und ein Sieg des deutschen Imperialismus werde die Zerschmetterung der Demokratie und der Freiheit Europas sein. Frankreich war verpflichtet, mit Rußland zu gehen, dessen Militärpartei den letzten entscheidenden Schritt getan hatte, den Krieg unvermeidlich zu machen, und seine Armeen standen bereit, den „Ueberfall" auf Deutschland auszuführen. Was wäre aus der Demokratie geworden, wenn die Russen über Deutschland gesiegt und so die absolute Vorherrschaft auf dem europäischen Kontinent erlangt hätten? Belgien soll befreit und entschädigt werden. Damit hat man nur den durch die deutsche Invasion entstandenen Schaden im Auge, nicht die zahlreichen durch die Kanonen der Entente zusammengeschossenen Ortschaften.

Der Krieg soll ohne Annexionen und ohne Entschädigungen beendet werden. Polen ist ganz wieder herzustellen, also mit Einschluß auch der österreichisch- und der deutsch-polnischen Gebiete. Kurland, Estland, Livland dürfen weder in direkter noch in verschleierter Form annektiert werden. Oesterreich hat alle Gebiete, in denen italienisch sprechende Bevölkerung wohnt, herauszugeben, die tschechoslowischen Volksteile müssen nach dem Selbstbestimmungsrecht der Völker die Möglichkeit haben, eine tschechoslowische Republik zu bilden. Die Tatsache, daß die Tschechen, um Teil auch die Slowen im Süden, inmitten anderer Rassen in kleinen Enklaven zerstreut wohnen, bleibt gänzlich unberücksichtigt. Von Elsaß-Lothringen bis zum Balkan ist allen gewaltsam annektierten Völkern das Recht wiederzugeben, frei über sich zu verfügen. Die Türkei hat Armenien, Mesopotamien, Palästina, Arabien herauszugeben.

Die Sorge für das Selbstbestimmungsrecht der Völker vermissen wir gänzlich nach der anderen Seite hin. Kein Wort über Irland, Aegypten, die Burenhooten, und kein Wort über Algier, Marokko, Tunis, Tripolis, noch über alle jene im vergangenen Jahrhundert verübten gewaltsamen Annexionen der Entente, wie z. B. die Wegnahme der ehemals italienischen Provinzen von Nizza und Savoyen durch Frankreich.

Ganz besonderes Interesse beansprucht für uns die Stellungnahme der Ententesozialisten zur elsaß-lothringischen Frage. Die Konferenz erklärt diese als eine Frage des Rechts und „demgemäß eine internationale Frage". Der Frankfurter Friede von 1871 habe Frankreich verstümmelt und gleichzeitig die Rechte der Einwohner von Elsaß-Lothringen verletzt. Dann heißt es weiter:

Der neue Friedensvertrag wird mit der Anerkennung, daß Deutschland durch seine Kriegserklärung 1914 selber den Frankfurter Vertrag gebrochen hat, den Gewinn einer brutalen Eroberung und der gegen das Volk verübten Gewalt null und nichtig machen. Frankreich kann, wenn es sich diese Anerkennung gesichert hat, wohl einer neuen Befragung der Bevölkerung Elsaß-Lothringens über ihre eigenen Wünsche zustimmen.

Die Ententesozialisten müssen sich doch darüber klar sein, daß die Herausgabe Elsaß-Lothringens nur nach der gänzlichen Vernichtung Deutschlands erfolgen würde. Sie wollen also den Krieg bis zu diesem Zeitpunkte fortgesetzt wissen. Und erst, wenn diese Provinzen an Frankreich gefallen sind, „kann" die Bevölkerung aufs neue über deren eigene Wünsche befragen. In der Tat, eine eigenartige Anwendung des Selbstbestimmungsrechts der Völker. Zeitweilig hatten französische Sozialisten den Vorschlag gemacht, daß die Abstimmung einige Monate nach dem Friedensschluß und unter internationaler Kontrolle vorgenommen werden solle. Man wird nicht behaupten können, daß der neue Vorschlag auf dem Wege zu einer besseren Einsicht in die wirkliche Lage der Dinge gelegen wäre.

Von der Türkei fordert die Konferenz die Neutralisierung der Dardanellen, die unter die Kontrolle des Bundes der Nationen gestellt werden sollen. Auch hier wieder die gleiche Einseitigkeit, die das ganze Werk der Konferenz charakterisiert. Warum nicht auch die Straße von Gibraltar, den Suezkanal neutralisieren, warum nicht auch die zahlreichen „Stützpunkte", die England sich überall in der Welt zur Beherrschung der Meere gesichert hat, unter internationale Kontrolle bringen?

Große Schwierigkeiten scheinen die Beratungen über die Kolonien gemacht zu haben, die Beschlüsse hierzu sind ungemein verwickelt und gewunden. Da wird zunächst dem „Vorhandensein einer Tatsache", nämlich dem Besitz von Kolonien in den Händen kapitalistischer Regierungen, Rechnung getragen. Nach Ansicht der Konferenz sollte die Rückgabe der Kolonien an die, denen sie vor dem Kriege gehörten, oder der Austausch und die Entschädigungen, die zu bewirken wären, kein Hindernis für den Friedensschluß bilden. Also Rückgabe, Austausch oder Entschädigung. Dann heißt es aber weiter, daß die einer kriegführenden Macht durch Eroberung abgenommenen Kolonien „Gegenstand besonderer Erwägungen auf der Friedenskonferenz" bilden müsse. Auf jeden Fall dürfe in solchen Gebieten keine Nation „vom legitimen Zugang zu Rohstoffen" ausgeschlossen sein. Durch Eroberung hat in diesem Kriege nur Deutschland Kolonien verloren. Ihre etwaige Rückgabe wird von den Ententesozialisten also durchaus nicht als selbstverständlich angesehen, sie ist vielmehr „besonderen Erwägungen" vorbehalten. Aber auch diese scheinen nur für die deutschen Inseln in der Südsee zu gelten und nur für diese als genügend befunden zu sein. Für die in Aequatorialafrika gelegenen Kolonien hielt man noch ganz besondere Sicherungen nötig. Während bei den Kolonien der anderen das „Vorhandensein der Tatsachen" in Rechnung gezogen wird, verweist die Konferenz hier in Aequatorialafrika von Meer zu Meer, und einschließlich des gesamten Gebietes nördlich des Sambesi und südlich der Sahara, „jede imperialistische Idee", welche diese Länder „zur Beute einer oder mehrerer Nationen machen, sie zum Nutzen der Kapitalisten ausbeuten würde.

In diesen Zonen liegen neben dem Kongo und portugiesischen Kolonien auch die deutschen Besitzungen. Soll gerade deswegen hier wieder die „internationale Kontrolle" einsetzen? In anerkennenswerter Weise wird hier auch der Rechte der Eingeborenen gedacht, die durch eingehende Verträge gesichert werden sollen. Diesen Forderungen wird sich die deutsche Sozialdemokratie anschließen, ist sie doch stets für eine gerechte und humane Behandlung der Eingeborenen in den Kolonien eingetreten. Nur liegt kein Grund vor, diese Anforderungen an die Gerechtigkeit und Menschlichkeit auf die Kolonien in Zentralafrika zu beschränken.

Unseren Beifall findet die Erklärung der Konferenz, daß mit Friedensschluß auch jeder Wirtschaftskrieg zu unterbleiben habe. Internationale Vereinbarungen zwecks Zuteilung und Beförderung der verfügbaren Lebensmittel und Rohstoffe dürften ein geeignetes Mittel sein, die Wiederannäherung der Völker zu fördern. Ebenso sind die Sozialisten der Ententeländer unseres Einverständnisses und unserer Mitwirkung sicher, wenn sie durch internationales Schiedsgerichtsverfahren, Abrüstung usw. die Wiederkehr so entsetzlicher Katastrophen zu vermeiden trachten.

Zum Schluß spricht sich das Memorandum für die Abhaltung einer internationalen Konferenz aus. Leider sind die Möglichkeiten einer solchen durch das neuerliche Dazwischentreten der englischen Regierung ziemlich weit herabgedrückt. Troelstra wurde von der englischen Regierung an der Reise nach England gehindert. Damit gibt sie deutlich zu erkennen, daß sie auch heute noch nicht geneigt ist, in friedliche Bahnen einzulenken. Sie würde demzufolge englischen Delegierten, die zu einer internationalen Konferenz nach einem neutralen Staat zu reisen beabsichtigen, sicherlich die Pässe verweigern.

So sind die Aussichten auf einen baldigen Frieden äußerst trübe, und die Beschlüsse der Londoner Konferenz sind im ganzen ebensalls wenig geeignet, die Hoffnungen zu erhöhen.

Amerikanische Sozialisten nach Europa.

Zürich, 1. Juli. Die Zürcher Morgenzeitung meldet aus London: Londoner Blätter berichten aus Washington, daß sich Wilson mit der Absendung einer Sozialistenabordnung nach Europa, die **der Fortsetzung des Krieges günstig gestimmt** ist, einverstanden erklärt habe, unter der Bedingung, daß sich die Abordnung verpflichtet, **nicht an der in Bern geplanten Sozialistenkonferenz teilzunehmen.**

Die Gäste auf der Londoner Konferenz Troelstra.

Amsterdam, 1. Juli. Der sozialdemokratischen Zeitung Het Volk zufolge erhielt Troelstra aus London ein von Henderson, Branting, Albert Thomas, Renaudel, Longuet, Huysmans und anderen Delegierten der Arbeiterkonferenz unterzeichnetes Telegramm, in dem des Bedauern ausgesprochen wird, daß Troelstra der Reisepaß nach England verweigert wurde, und die Delegierten infolgedessen außerstande waren, mit ihm „zur Erreichung des gerechten Friedens, den alle wünschen" zusammenzuarbeiten.

Protest gegen die Kündigung des Burgfriedens.

Rotterdam, 1. Juli. Der Nieuwe Rotterdamsche Courant meldet aus London: Am Sonnabend abend fand eine Versammlung von Gewerkschaftsmitgliedern des äußersten rechten Flügels statt, in der beschlossen wurde, gegen die Kündigung des politischen Burgfriedens durch die Arbeiterpartei und gegen die allgemeine Haltung von Männern wie Henderson Widerstand zu leisten. Es wurde eine neue Partei gebildet, die nur aus Mitgliedern von Gewerkschaften besteht und keine Nur-Politiker aufnehmen wird. Es ist noch schwierig, sich von der Stärke dieser neuen Bewegung und der Zahl ihrer Anhänger ein Bild zu machen, oder die Frage zu beantworten, ob sie unter den Abgeordneten aus der Arbeiterpartei Anhänger finden werde. Den Daily News zufolge konnte man aus der Gründungsversammlung über die Absichten und die Zusammenstellung der neuen Partei noch nicht viel entnehmen. Nach ihrem Sekretär hat sie es offenbar auf die **Bekämpfung der Pazifisten** abgesehen und darauf, guten Patrioten wie Roberts ihre Sitze in der Regierung zu erhalten. Das Blatt stellt ferner die Frage, wie das Verhältnis dieser neuen Partei gegenüber den Fragen von Kapital und Arbeit sein wird und ob der Beifall, von dem sie von reaktionären Kreisen und Blättern begrüßt wurde, ihr zum Vorteil gereichen werde. Der Londoner Korrespondent des Manchester Guardian meldet, daß es ihn nicht gelungen sei, ein maßgebendes Mitglied der Arbeiterpartei zu entdecken, das der neuen Partei irgendwelche Bedeutung zuschreibt.

Die Preisgabe des westlichen Piaveufers im ungarischen Abgeordnetenhause.

Um den „unglaublichen Ausstreuungen" in Ungarn über den Rückgang der österreichisch-ungarischen Truppen nach dem linken Piaveufer entgegenzutreten, gab im ungarischen Abgeordnetenhause Ministerpräsident Wekerle eine längere Erklärung ab, in der er ausführte:

Das Haus weiß, daß wir an der Piave und der Brenta vorgedrungen sind, und, um Menschenleben zu schonen, nachdem die Festhaltung unserer Positionen mit riesigen Verlusten verbunden gewesen wäre, uns an der Piave zurückgezogen haben und nur an der Brenta manche okkupierte Gebiete festhielten. Bei diesem Rückzug sind **insgesamt 12 000 Gefangene in die Hände des Feindes** gelangt. Gegenüber den Riesenziffern, welche diesbezüglich verbreitet wurden, will ich aus den Berichten des General Diaz, also aus den italienischen Berichten, feststellen, daß insgesamt bloß 12 000 Gefangene beim Vordringen und Rückzug in Feindeshand gefallen sind. (Abg. Ilinszky Wie hoch waren die Verluste?) Ich will mich ganz aufrichtig äußern. Der Honvedminister sprach vor kurzem von 8000 Gefangenen. Als er hiervon sprach, hatten wir das aus den bis zum 22. Juni veröffentlichten Berichten des Generals Diaz festgestellt. Auf Grund der seither erschienenen Berichte muß ich dies richtigstellen und feststellen, daß 12 000 Mann in italienische Gefangenschaft ge-

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17062977519180702-11/fragment/page=0001

Taten sind, während 50 000 italienische Gefangene in unsere Hände fielen. Diese Ziffer kann bei Offensive und Rückzug nicht als übermäßig bezeichnet werden, denn wenn wir in Betracht ziehen, wieviel wir Gefangene bei der 10. und 11. italienischen Offensive am Isonzo gemacht haben und wieviel Gefangene unserseits in Feindeshand gefallen sind, kann ich feststellen, daß bei der zehnten Isonzooffensive, wo die Italiener vorgedrungen sind, unserseits 30 000 bis 35 000 Mann in Gefangenschaft geraten sind, während wir 22 000 Gefangene machten. Wenn ich nun hiermit vergleiche, daß jetzt, wo wir vorgedrungen sind, das Verhältnis umgekehrt ist, daß von uns nur 12 000 Mann in Gefangenschaft geraten sind, während wir 50 000 Gefangene machten, so kann ich dieses Ergebnis vom strategischen Gesichtspunkte aus als beruhigend bezeichnen. Viel trauriger ist

der Verlust, den wir an Toten, Verwundeten und Kranken erlitten haben.

Ein großer Teil hiervon entfällt auf die Kranken. (Abg. Fenyes: Und der Hunger?) Die Ziffer der Kranken und Verwundeten kann nicht strenge abgesondert werden, weil der Stand in der Weise festgestellt zu werden pflegt, daß wir die Zahl der heimkehrenden Truppen zur Grundlage genommen haben. Wir haben einen riesigen, sehr bedauerlichen Verlust erlitten, der aber im Vergleiche zu der 10. und 11. italienischen Offensive die damals erlittenen Verluste nicht überschreitet, ja hinter diesen zurückbleibt, denn

in der 10. und 11. italienischen Offensive hatten wir einen Verlust von 80 000 bis 100 000 Mann, jetzt aber ist unser Verlust gleichfalls annähernd 100 000 Mann.

(Bewegung.) Diesen bedauerlichen Umstand bin ich gezwungen, zu konstatieren. In dieser Ziffer sind die Gefallenen, Leicht- und Schwerverwundeten und jene enthalten, die als marode zurückgebracht wurden. (Bewegung; Rufe: Lauter Ungarn?) Ich führe diese Ziffern deshalb an, um mit ganzer Aufrichtigkeit die Lage darzulegen (Zustimmung), ferner auch aus dem Grunde, weil unsere Feinde diese Verluste gewiß in übertriebener Weise schildern werden und vielleicht auch unsere öffentliche Meinung. Ich will nur noch bemerken, weil auch solche Gerüchte in Umlauf sind, daß auch diesmal wieder ungarische Truppen in übermäßig großer Zahl in Anspruch genommen worden seien und der Verluch bloß diese treffe, daß an der ganzen Offensive und am Rückzug 33 ungarische und 37 österreichische Regimenter teilgenommen haben, also 47 Prozent Ungarn und 53 Prozent Oesterreicher. (Abg. Lähne: Wieviel Ungarn waren in österreichische Regimenter eingereiht?)

Der Verlust der Italiener betrug beim ganzen Vorrücken und Rückzug 150 000 Mann, übersteigt somit weit unsere Verluste an Toten, Verwundeten und Kranken.

Dies stelle ich aus ihren eigenen Daten fest. Auch wurde die Nachricht verbreitet, daß der Verlust durch Munitionsmangel verursacht wurde. (Ruf: Mangel an Proviant?) Mit Munition war unsere Armee nie so gut versehen als Mitte Juni. Richtig ist, daß, nachdem von den über die Piave geschlagenen drei Brücken unglücklicherweise die oberste einstürzte, dann die beiden anderen mitgerissen wurden, wodurch

in der Beförderung von Munition und Proviant unüberwindliche Schwierigkeiten

entstanden. Aber Munitionsmangel bestand nicht. Allerdings konnte an Munition und Proviant nicht soviel hinüberbefördert werden, wie die dort kämpfenden Truppen benötigt hätten. (Bewegung.) Gegenüber den Gerüchten jedoch, als ob dort Fälle von Hungertod vorgekommen wären, muß ich konstatieren, daß auch nicht ein einziger solcher Fall vorgekommen ist. (Lärm links.) Der Rückzug erfolgte ganz systematisch und nur wenige Truppen, die zur Deckung des Rückzuges dort zurückgeblieben waren, fielen in italienische Gefangenschaft. Im übrigen wurde der Rückzug so planmäßig vollzogen, daß die Italiener (Lärm links; Rufe: Wieso? Hat man vielleicht neue Brücken gebaut?) Jawohl, auch beim Rückzug wurden Brücken gebaut, und die Heeresleitung hebt besonders hervor, daß unsere Sappeure wirklich bravouröse Leistungen vollbracht haben, so daß der Rückzug gelingen konnte und nur die zur Deckung des Rückzuges notwendigen Truppen jenseits der Piave belassen wurden, die dann natürlich in Gefangenschaft gerieten. Ich will daher konstatieren, daß der ganze Rückzug, wie dies auch der Honvedminister festgestellt hat, so planmäßig und ohne Aufsehen geschehen ist, daß die Italiener selbst nach dem Rückzug diesen nicht bemerkten, sondern noch Angriffe gegen unsere Schützengräben und überhaupt gegen unsere früheren Positionen und gegen frühere Stellungen unserer Truppen fortsetzten.

Honvedminister Szurmay: Der Angriff wurde auch zurückgeschlagen durch unsere Artillerie.

Dr. Wekerle: Wenn ich trotz dieser traurigen Ergebnisse von dem Ganzen die Folgerungen ableite, steht ohne Zweifel fest, daß wir den Italienern bedeutende Verluste verursachten. Sie verhinderten sie, einen erheblichen Teil ihrer Truppen an die Westfront zu senden, was im Interesse der gemeinschaftlichen Kriegführung ohne Zweifel ein Ziel ist, das zu erreichen ebenfalls unsere Pflicht war. Diesen Zweck haben wir auch erreicht. So traurig auch die Ergebnisse sind, glaube ich, wenn wir die Geschehnisse in ihrer Gesamtheit in Betracht ziehen, können sie vom Gesichtspunkte der Kriegführung

nicht als Niederlage bezeichnet

werden, denn diese Operationen haben dem Feinde größeren Schaden verursacht als uns. Wenn wir aber den Zweck nicht erreicht haben, daß wir große Fortschritte hätten machen können, haben wir keinerlei Ursache, unser Vertrauen zu verlieren. Sowohl die Armee wie das Volk können beruhigt sein, daß uns hier größere Verluste nicht treffen werden, daß unsere Stellungen gesichert sind und daß, wenn wir auch keinen vollständigen Erfolg erzielt haben, jedenfalls einen strategischen Erfolg hatten, und daß wir der Tätigkeit unserer Armee in der Zukunft und dem Ausgang des Krieges mit Vertrauen entgegensehen können. (Zustimmung.)

*

Eine Ergänzung oder vielmehr Korrektur erhalten die Ausführungen des ungarischen Ministerpräsidenten durch folgende Note des Wiener Korrespondenz-Bureaus von maßgebender Seite:

1. Die Zahl von 100 000 beruht auf der irrtümlichen Auffassung einer eiligst abgegebenen Telephondepesche. Es wurde der ungarischen Regierung vom Armee-Oberkommando mitgeteilt, daß die Verluste geringer als die in der 10. und 11. Isonzoschlacht seien, die 80 000 bis 100 000 Mann betrugen; irgendwelche genaue Daten liegen über die in Rede stehende Einbuße an Mannschaften überhaupt nicht vor. 2. Die durch den Vergleich mit der 10. und 11. Isonzoschlacht angedeutete Verlustziffer bezieht sich nicht auf die Piave und noch weniger auf die vom Ministerpräsidenten angeführten 70 Infanterieregimenter allein, sondern auf die ganze Front vom Stilfser Joch bis zur Adria, sie umfaßte einen Zeitraum vom 15. bis zum 20. Juni, also sechs Kampftage. 3. In die Gesamtverlustziffern sind immer auch Abgänge an Kranken mit inbegriffen, wie dies ja der ungarische Ministerpräsident auch betont hat; diese betragen je nach der Witterung an der Südwestfront täglich 2000 bis 4000 Mann, ergeben also für sechs niederschlag- und kältereiche Tage 20 000 bis 25 000 Mann. Die Verluste überstiegen demnach in keiner Weise das normale Maß (?!) und bieten der Oeffentlichkeit die Gewähr, daß die Kampfführung alles getan hat, um die Zahl der Opfer einzuschränken.

*

Das eine ist jedenfalls an diesem Wirrwarr von Meldungen positiv erkennbar, daß die Verluste auf beiden Seiten besonders an Toten, Verwundeten und Kranken ganz ungeheuer ist. Es wird die höchste Zeit, daß diesem Morden Einhalt getan wird.

Oesterreichischer Heeresbericht.

Der Col del Rosso verloren.

Wien, 1. Juli 1918. Amtlich wird verlautbart:

An der Piavefront keine besonderen Ereignisse.

Südöstlich von Asiago kam es erneut zu heftigen Kämpfen. Da der Col del Rosso und der Monte di Val Bella sich nur unter großen Opfern hätten behaupten lassen, wurden die Besatzungen dieser Punkte in die frühere Hauptstellung am Walde von Stenfle zurückgenommen.

Südlich von Janova bei Asiago wiesen wir feindliche Erkundungen ab.

Unsere Land- und Seeflieger unternahmen im Rüstungsgebiet der Piave erfolgreiche Flüge gegen militärische Anlagen des Feindes und kehrten vollzählig zurück.

Der Chef des Generalstabes.

Italienischer Bericht vom 30. Juni.

Auf der Hochfläche von Asiago, wo der heldenmütige Widerstand unserer Truppen am 15. Juni den Ansturm der an Zahl überlegenen feindlichen Massen brach und wo italienische, französische und englische Truppen der tapferen 6. Armee in täglichem Wetteifer an Tapferkeit sich im Kampfe verbrüderten, lebte der Kampf gestern früh, durch starkes Artilleriefeuer genährt und unterstützt durch Diversionsunternehmungen der Artillerie und Truppen energisch von den Alliierten geführt, wieder auf. Unsere Truppen griffen den Monte Valbella an und es gelang ihnen, ihn dem Feinde nach hartem Kampfe fortzunehmen. Tag und Nacht wurden große Massen des Feindes vergebens zu Gegenangriffen und zum Massenmord vorgeworfen, wurden aber durch unsere Infanterie zurückgetrieben und durch konzentriertes Artilleriefeuer und durch kühne Kampfflieger mit Maschinengewehren dezimiert. Die eroberte Stellung wude durch uns siegreich gehalten. Wir machten 21 Offiziere und 788 Mann der feindlichen Truppe, die zu vier verschiedenen Divisionen gehörten, zu Gefangenen. Wir eroberten außerdem Kanonen, Mörser und zahlreiche Maschinengewehre. Mehr nach Osten zwischen dem Frenzela-Tal und der Brenta nahm eine unserer Abteilungen einen starken Stützpunkt und einen feindlichen Beobachtungsposten auf den Südabhängen des Sasso Rosso im Sturm und machte dabei zwei Offiziere und 31 Mann zu Gefangenen. Auf den übrigen Teil der Front führte unsere Artillerie wirksames Störungsfeuer aus. Bei Capo Sile brachten uns Patrouillenunternehmungen Gefangene ein.

Der Krieg zur See.

wtb. Berlin, 1. Juli. (Amtlich.) Im Sperrgebiet um England wurden durch die Tätigkeit unserer U-Boote neuerdings 17 000 Br.-R.-T. feindlichen Handelsschiffsraumes vernichtet.

Der Chef des Admiralstabes der Marine.

Die deutschen Schiffe in Peru.

Amsterdam, 2. Juli. Havas meldet aus Lima, daß die peruanische Regierung die Besatzungen der unlängst von ihr beschlagnahmten deutschen Schiffe interniert habe und von peruanischen Soldaten bewachen lasse.

Das Wrack der Koningin Regentes verschwunden.

Amsterdam, 2. Juli. Die niederländische Telegraphenagentur meldet aus dem Haag, daß der Seeschleppdampfer Zeeland am Sonnabend mittag zur Untersuchung des Wracks der Koningin Regentes ausgefahren war, vorläufig aber wieder nach Nieuwediep zurückkehrte, da man von dem Wrack keine Spur mehr entdecken konnte.

Die Gesamt-Gefangenen- und Beute-Zahlen im Westen.

Berlin, 1. Juli. Der deutsche Heeresbericht vom 1. Juli veröffentlicht die Gefangenen- und Beutezahlen aus den Kämpfen im Westen seit dem 21. März 1918. In der gewaltigen Zahl von **191454** Gefangenen sind, wie der Heeresbericht hervorhebt, lediglich die unverwundeten Gefangenen inbegriffen. Zählt man die verwundeten Gefangenen hinzu, so steigt die Gefangenenzahl um Tausende über das zweite Hunderttausend. Denn bei der Zähigkeit und Erbitterung, mit der sich die Verteidiger vor allem zu Beginn der deutschen Offensive wehrte, waren die blutigen Verluste der Engländer und Franzosen gewaltig und bei der verblüffenden Schnelligkeit, mit der die deutschen Sturmtrupps überall vordrangen, fiel ein großer Teil der verwundeten Gefangenen in deutsche Hand. Die gemeldete Beute von **2476** Geschützen und **15024** Maschinengewehren umfaßt gleichfalls nicht die englisch-französischen Gesamtverluste. Geschütze und Maschinengewehre fielen an zahlreichen Stellen den deutschen Eroberern nicht nur völlig unversehrt in die Hände, sondern auch mit allem Zubehör, Richtmitteln, Protzen, Bespannungen und vor allem mit überreicher Munitionsausstattung. Hunderte von Geschützen, tausende von Maschinengewehren wurden so von der kämpfenden Truppe unmittelbar in Gebrauch genommen. In diesen Zahlen offenbart sich die ganze Größe des bisher erstrittenen Kampfzieles, das ja nicht der Erreichung einer geographischen Linie, sondern der Vernichtung der lebenden und toten Kriegsmittel der Entente gilt. Was an englischen und französischen Kerntruppen in den bisherigen Angriffsschlachten außer Gefecht gesetzt ist, läßt sich durch noch so große amerikanische Massen niemals ersetzen.

Ausweisung Billings aus dem Unterhause.

London, 1. Juli. (Reuter.) Als Billing im Unterhaus hartnäckig darauf bestand, entgegen der Entscheidung des Sprechers die Frage der Internierung der feindlichen Ausländer zur Sprache zu bringen, wurde er von dem Sprecher aufgefordert, das Haus zu verlassen, Billing weigerte sich. Das Haus nahm darauf einstimmig einen Antrag Bonar Law auf Ausschließung Billings von den Sitzungen des Hauses an. Da Billing sich auch weiterhin weigerte, sich zu entfernen, wurde er schließlich durch fünf Diener aus dem Hause entfernt und vor das Parlamentsgebäude geführt. Seine Ausschließung gilt für unbestimmte Zeit.

Ukrainisch-österreichischer Geheimvertrag.

Wien, 2. Juli. In politischen Kreisen ist der angebliche Wortlaut des zwischen Oesterreich-Ungarn und der Ukraine abgeschlossenen Geheimvertrages über die Teilung Galiziens mitgeteilt worden. Danach hat die Ukraine sich verpflichtet, den Polen die volle nationale Autonomie zuzugestehen; während die österreichische Regierung bis spätestens zum 31. Juli einen Gesetzentwurf im Abgeordnetenhaus einbringen wollte, der die Zusammenlegung Ostgaliziens und der Bukowina zu einem neuen Kronland vorsieht.

Die Wahrheit über eine angebliche deutsch-irische Verschwörung.

Bern, 30. Juni. Zu Lord Wimbornes Erklärung im Oberhause, daß ihm als Lord-Leutnant von Irland trotz eines besonders vervollkommneten Nachrichtendienstes nichts über die angeblich deutsch-irische Verschwörung bekannt gewesen sei, schreibt Gardiner in Daily News:

Keine wichtigere Erklärung ist je im Parlament abgegeben worden! Denn wenn sie richtig ist, überführt sie die Regierung dieses Landes einer Politik, würdig der schlimmsten Ueberlieferungen des russischen Polizeisystems. Lord Wimborne gibt zu verstehen, daß die Regierung sich hinter dem Rücken der Verwaltung von Irland eine „Affäre“ zusammengebraut habe. Gardiner führt aus, daß Lord George, um die Oeffentlichkeit von den schlimmsten Fehlern der Kriegführung abzulenken, durch die Ankündigung der Ausdehnung der Wehrpflicht auf Irland ein Präriefeuer angelegt habe, das er nachher mit einem Eimer Wasser, nämlich dem Versprechen von Homerule, auszulöschen gedacht habe. Die Verwaltung von Irland sei entsetzt gewesen, aber, bemerkt Schreiber, man kann sich ja leicht jedes unbequemen Gegners entledigen, wenn nur Northcliffe dem Publikum versichert, daß man mit dem Kriege vorwärts komme, und Pemberton Billing und Frau Viliers-Stuart, wenn das ihr Name ist, entdecken, daß jeder andre in dem schwarzen Buche der Deutschen stehe. So seien gleichzeitig mit der Ankündigung einer großen deutsch-irischen Verschwörung und der Deportation vieler Sinn-Feiner alle Personen, die für Irland fühlten, aus der Verwaltung von Irland beseitigt worden. Dann habe man die Wehrpflicht wieder aufgehoben und ein neues System freiwilliger Rekrutierung angekündigt. Als Grund für die Richteinführung von Homerule habe Curzon angegeben, daß das Kriegskabinett im Mai von der deutsch-irischen Verschwörung Kenntnis erhalten habe. Aber, sagt Gardiner, der jetzt im Tower sitzende Mann Dowling, ist ja bereits am 12. April festgenommen worden, also fünf Tage vor Ankündigung der Homerule-Bill im Unterhause. Jetzt nach zwei Monaten sitzen Dowling und die Sinn-Feiner noch gefangen, keine Hauptverhandlung gegen sie hat stattgefunden und dem Publikum wird mitgeteilt, daß die Homerule fallen gelassen wird weg eneiner Verschwörung, die entdeckt worden ist, bevor Homerule versprochen worden war. Gleichzeitig erklärt der bisherige Leiter der Regierung von Irland, daß diese

nichts von einer Verschwörung gewußt

habe und daß sie jetzt mit Leuten besetzt worden sei, die für Irlands Glauben und Anschauungen nichts übrig haben. Das glatte Ergebnis dieser ganzen beschämenden und demütigenden Geschichte von Leichtsinn, Mangel an Treu und Glauben, von Fehlgriffen, Kunststücken und Winkelzügen ist, daß Irland zu so bitterer Feindschaft gegen England gekommen ist, wie nie seit seiner Unterwerfung. Gardiner schließt damit, daß die gleiche Leichtherzigkeit, Torheit und Grundsatzlosigkeit, der gleiche Mangel an Menschenkenntnis, dasselbe Vertrauen auf Taktikänderungen und Augenblicksaushilfen in ernsten Fragen überall sichtbar seien.

Die Vorgänge bei der ehemaligen russischen Schwarzmeerflotte.

wtb. **Berlin,** 28. Juni. Der in Litauisch-Brest zwischen Rußland und den Verbündeten abgeschlossene Friedensvertrag sieht in Artikel 5 vor, daß die russischen Kriegsschiffe entweder in russische Häfen gebracht und dort bis zum allgemeinen Friedensschluß bleiben, oder, falls sie russische Häfen nicht erreichen können, in fremden Häfen entwaffnet und unbeweglich gemacht werden müssen. Einzelne Teile der Schwarzmeerflotte setzten sich über diese Bestimmung hinweg und kreuzten auch nach dem Friedensschlusse weiter im Schwarzen Meer und Asowschen Meer. Nach und nach nahmen sie sogar eine feindliche Haltung gegen die verbündeten Streitkräfte an und zwangen dadurch diese mehrfach zu bewaffnetem Einschreiten. Im Verlaufe des Frühjahrs wurde es immer klarer, daß der Einfluß der Moskauer Regierung auf einzelne Teile der Schwarzmeerflotte gleich null war und daß diese Flottenteile vielmehr selbständig den Krieg fortsetzend, Freischaren auf dem Wasser darstellen, die man mit dem Ausdruck „Piraten“ bezeichnen könnte. Erst mit der Besetzung der Halbinsel Krim und des Kriegshafens Sebastopol wurde Ende April der größte Teil der ehemals russischen Schwarzmeerflotte an weiterem Verstoß gegen den Brester Frieden verhindert.

Die wichtigsten und neuesten Einheiten in der ehemals russischen Schwarzmeerflotte hatten sich jedoch entgegen der in Brest vereinbarten Regel nach Noworossijsk begeben und verweigerten die Rückkehr nach ihren Ausgangshäfen. Für die verworrenen Verhältnisse an Bord dieser Schiffe ist es bezeichnend, daß sie in mehreren Tagen mehrfach die Staatsangehörigkeit wechselten und nacheinander die rote Bolschewistenflagge, dann die rot-goldene Flagge der neugegründeten russischen Republik, dann die blau-gelbe ukrainische Flagge und neuerdings wieder die blau-weiße Flagge des russischen Kaiserreichs setzten. Neben den Besatzungen bevölkerten auch Frauen, Kinder und Zivilisten diese Kriegsschiffe.

Nach den Erzählungen russischer Seeoffiziere und Matrosen, die sich diesen unklaren Verhältnissen durch die Abreise entzogen, müssen unter den Besatzungen dieser Schiffe weitgehende Meinungsverschiedenheiten gewesen sein. Im Verlaufe dieser Streitigkeiten ist Mitte Juni das Großkampfschiff Swobotnaja Rossija, früher Jekatherina II. genannt, durch einen Torpedoschuß des russischen Torpedobootszerstörers Kertsch versenkt worden. Auch einige Torpedobootszerstörer fielen diesem Kampfe zum Opfer und sind nach Aussage der erwähnten russischen Offiziere an der Ostküste des Schwarzen Meeres versenkt oder auf den Strand gesetzt worden. Das Großkampfschiff Wolja, früher Imperator Alexander III. genannt, sowie mehrere moderne Torpedobootszerstörer kehrten am 9. Juni nach Sebastopol zurück, wo sich nunmehr die gesamte für die Kriegszwecke noch brauchbare ehemalige russische Schwarzmeerflotte unter Deutschlands Kontrolle befindet.

Haag, 2. Juli. Der Volkskommissar des Auswärtigen in Moskau teilte der Presse mit, daß die Schiffe der Schwarzmeerflotte, wie bereits gemeldet, nach Sebastopol zurückgekehrt seien. Die Regierung habe dieser Rückkehr zugestimmt unter der Bedingung, daß Deutschland und seine Bundesgenossen während des Krieges von diesen Schiffen keinen Gebrauch machen und sie nach Friedensschluß sofort an Rußland zurückgeben.

Vereinheitlichung des Eisenbahnwesens.

In Württemberg und Baden ist in der letzten Zeit die Frage der Vereinheitlichung des deutschen Eisenbahnwesens von neuem erörtert worden. Das Fränkische Volksblatt in Würzburg glaubt bereits berichten zu können, daß der Anschluß der beiden Bundesstaaten an die preußisch-hessische Eisenbahngemeinschaft bevorstehe. Der württembergische Ministerpräsident v. Weizsäcker ließ indessen einschränkend erklären, daß „andere Modalitäten“ als für Hessen in Aussicht genommen seien. Im württembergischen Landtage war unter den Parteien die Stimmung für einen Anschluß an Preußen nicht eben groß. Sowohl die Sozialdemokraten wie auch die Nationalliberalen stellten dagegen einen Antrag zur Verwirklichung des Reichseisenbahngedankens.

Aus dem Finanzausschuß der württembergischen Kammer war der Antrag gekommen, die Regierung möge darauf hinwirken, daß der Artikel 42 der Reichsverfassung zur tatsächlichen Anwendung und weiteren Entwicklung komme; daß durch den Ausbau des Reichseisenbahnamts die künstliche Unterbindung des Verkehrs, vor allem des Durchgangsverkehrs und die Umleitungen des Güterverkehrs (die für Württemberg drei Millionen Mark ausmachen) aufhöre; daß der deutsche Staatswagenverband zu einer weiteren Gemeinschaft ausgebaut werde — im Rahmen der Eisenbahnselbständigkeit der Bundesstaaten — unter Vereinfachung und Verbilligung des Eisenbahnbetriebs. Daran schloß sich die Anregung der Staffeltarife (mit der Entfernung sinkend) für Rohstoffe, zur Erleichterung des Wettbewerbs von Industrie, Gewerbe und Landwirtschaft gegenüber geographisch günstiger gelegenen Teilen des Reiches. Und schließlich wurde auch ein besonderes Verkehrsministerium gefordert.

Im Anschluß an diese Vorgänge wird der Bayrischen Liberalen Landtagskorrespondenz von württembergischer Seite geschrieben:

„Da eigentliche Reichseisenbahnen immer am Widerspruche Bayerns und Preußens scheitern werden, die ihre Bahnen nicht an das Reich abtreten wollen, bleiben nur noch zwei Möglichkeiten: Entweder die reichsgesetzliche Verwirklichung der Artikel 42 bis 45 der Reichsverfassung und Ausbau des Reichseisenbahnamts zur Kontrollinstanz mit Exekutivgewalt, unter Aufrechterhaltung der Eisenbahnhoheit der Einzelstaaten, oder Anschluß an die hessisch-preußische Gemeinschaft. Ein Drittes gibt es nicht. Insbesondere dürfen anderweitige Vorschläge des Geheimrats Kirchhoff unpraktikabel sein.

In diesem Zusammenhange — so lesen wir im Berliner Tageblatt — darf daran erinnert werden, daß schon vor zwanzig Jahren die badischen Eisenbahnreformer R. A. Frühauf und Professor Boehtlingk die Schaffung einer süddeutschen Eisenbahngemeinschaft angeregt haben, die in Fühlung mit dem Reichs-

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17062977519180702-11/fragment/page=0002

land und mit Sachsen auf den Druck der preußischen Eisenbahn mit einem wirksamen Gegendruck antworten, und mit einer fortschrittlichen Verkehrspolitik über den Norden siegen wollten. Diese süddeutsche Eisenbahngemeinschaft hat in Baden und Württemberg seinerzeit Anklang gefunden. Bayern aber verhielt sich passiv. Heute dürfte es für derlei Projekte zu spät sein. Nicht zuletzt werden finanzielle Erwägungen die Verwirklichung einer Vereinheitlichung und das heißt auch einer Vereinfachung und Verbilligung der deutschen Eisenbahnen beschleunigen.

Zur Frage der Vereinheitlichung der Eisenbahnen schreibt die Bayrische Staatszeitung: „Die Verkehrsminister der Bundesstaaten mit Eisenbahnbesitz waren am 28. und 29. Juni in Wiesbaden zusammengetreten, um Vereinbarungen vorzubereiten, die weitergehende einheitliche Einrichtungen und Maßnahmen auf dem Gebiete des Betriebes und Verkehrs sowie Ausschaltung jeglichen Wettbewerbs auf den Staatsbahnen zum Ziele haben. Die Verhandlungen, die unter dem Zeichen bundesfreundlichen (?) Entgegenkommens geführt wurden, sollen alsbald fortgesetzt werden. Bayern hat bei den Verhandlungen den Standpunkt eingenommen, daß die bayrische Eisenbahnhoheit und die bayrischen Reservatrechte wie auch die Zuständigkeiten des Landtages in vollem Umfang gewahrt bleiben müssen.

*

Wenn schon das Reichseisenbahnsystem nicht mehr durchführbar sein sollte, dann wäre eine süddeutsche Eisenbahngemeinschaft jedenfalls ein geeignetes Gegengewicht gegen die übermächtige preußische Eisenbahnpolitik. Da diese heute aber auch nicht mehr Aussicht hat, verwirklicht zu werden, muß das Ziel der völligen Vereinheitlichung der Eisenbahnen und ihre Uebernahme auf das Reich nur um so fester im Auge behalten werden. Neben Bayern ist übrigens Sachsen das wichtigste Hindernis gegen alle solche Bestrebungen auf Vereinheitlichung des Eisenbahnwesens.

Ein Wohnungsnotgesetz in Braunschweig.

Bei dem vom braunschweigischen Landtage beschlossenen Kriegsnotgesetz für die Wohnungsfürsorge ging die Regierung von dem Grundgedanken aus, daß ein gesetzgeberisches Eingreifen zur Vermeidung unerträglicher Zustände auf dem Gebiete des Wohnungswesens nach Rückkehr der Soldaten aus dem Felde schon jetzt notwendig sei. Die wesentlichsten Bestimmungen des neuen Gesetzes geben im Falle einer Wohnungsknappheit der Ortspolizeibehörde im Einvernehmen mit der Gemeindebehörde (Stadtmagistrat oder Gemeinderat) das Recht, den Eigentümern oder sonstigen Verfügungsberechtigten von Grundstücken aufzugeben, leerstehende Wohnungen oder leerstehende Räume (Läden, Speicher u. dgl.), welche bisher zu Wohnzwecken nicht gedient haben, aber ohne Beeinträchtigung der wesentlichen Interessen der Mitbewohner zu einer Wohnung eingerichtet werden können, der Gemeinde zu überlassen zur Vermietung an Familien, die keine Wohnung finden können. Für Veränderungen und Verschlechterungen der Räume ist die Gemeinde schadenersatzpflichtig. Die Gemeinde ist verpflichtet, dem Eigentümer und sonstigen Beteiligten für die entzogene Nutzung der in Anspruch genommenen Wohnungen oder Räume eine monatlich oder vierteljährlich im voraus zahlbare Entschädigung zu leisten. Die Ueberweisung der Wohnungen usw. an die Gemeinden erfolgt gebühren- und stempelfrei. Dies Notgesetz bleibt bis zwei Jahre nach Beendigung des Kriegszustandes bestehen.

Politische Uebersicht.

Deutsches Reich.

Verlängerung des Reichstages.

Dem Reichstag ist nunmehr ein Gesetzentwurf über die abermalige Verlängerung der Legislaturperiode des Reichstages zugegangen. Er enthält nur den einen folgenden Paragraphen: „Die Legislaturperiode des am 18. Juni 1912 gewählten Reichstages wird bis zum 12. Juni 1920 verlängert."

Sozialdemokratisches Mißtrauen gegen den Reichskanzler.

Auf dem sozialdemokratischen Parteitage für die obere Rheinprovinz in Köln hielt Reichstagsabg. Meerfeld einen längeren Vortrag über die politische Lage. Meerfeld forderte darin rückhaltlose Klarheit und ein erneutes offenes Bekenntnis zur Friedensresolution, ferner die Bereitschaft, einem Völkerbunde beizutreten und Rüstungsverminderungen anzustreben; endlich verlangte er noch den restlosen Verzicht auf Belgien. Die Sozialdemokratie habe Kühlmann gestützt, weil er gegenüber den Machtpolitikern, die ihn „hatzten", das kleinere Uebel sei. Dem Reichskanzler aber stehe die Sozialdemokratie wegen seiner Programmlosigkeit durchaus mißtrauisch gegenüber. In einer in diesem Sinne angenommenen Entschließung wurde weiter die schwächliche preußische Wahlrechtspolitik der Regierung beklagt, die eine an sich schon unzulängliche Vorlage noch fortgesetzt verschlechtern lasse.

Erhöhung der Post- und Telegraphengebühren.

Der Hauptausschuß des Reichstages beriet zunächst den Gesetzentwurf über die Erhöhung der Post- und Telegraphengebühren in zweiter Lesung. Den in erster Lesung neu eingefügten § 2a, der die Portofreiheit der Fürsten, ihrer Gemahlinnen und Witwen aufhebt, soweit sie nicht durch die Staatsverträge des Norddeutschen Bundes mit den Königreichen Bayern und Württemberg zwischen dem inneren Verkehr zugesichert ist, ersucht Staatssekretär Küdlin wieder aufzuheben. Die Fürsten haben einhellig einer erheblichen Einschränkung ihrer Portofreiheit zugestimmt. Es sei auch ein Gesetzentwurf in Vorbereitung, der alle andern Sendungen der Fürsten portopflichtig macht, ebenso den Telephonverkehr, nur Briefe und Telegramme, die von den Fürsten selbst ausgehen, sollen frei bleiben. Nach dieser Erklärung wird § 2 wiedergestrichen.

Los vom Staatssozialismus!

Die Hanseaten scheinen gewaltige Angst vor der Regelung der Zukunftswirtschaft zu haben. Kaum sind die Hamburger Reden verrauscht, so stützt eine neue reduzierte Offensive gegen den Staatssozialismus von Lübeck vor. Im Anschluß an die sonntägige Hauptversammlung der Deutsch-Finnländischen Vereinigung hielt ein gewisser Paul Hinckeldeyer von Lübeck eine Rede, in der er in den Hamburger Ruf einstimmte: „Los von Berlin, los von der staatssozialistischen Kriegswirtschaft, freie Bahn dem freien Handel!" Man müsse es dankbar begrüßen, daß die Deutsch-Finnländische Vereinigung ins Leben gerufen worden sei, denn die Berichte aus Finnland ließen erkennen, mit welcher rührenden Anhänglichkeit die finnische Geschäftswelt sich mit unserer Geschäftswelt verknüpft fühle. Die alten, langjährigen Kunden in Finnland hätten den Wunsch, wieder mit ihren Geschäftsfreunden in den Hansestädten in Verbindung zu treten. Dieser Verkehr könne nicht paragraphiert werden. Dem freien Handel gebühre ein freier Weg.

Was dem Handel „gebührt", darüber werden die Hansen glücklicherweise nicht allein entscheiden!

Die Fortschrittler und die Kühlmann-Rede.

Auf der Landesausschußsitzung der Fortschrittlichen Volkspartei in Sachsen am letzten Sonntag hat, wie wir nach dem Berliner Tageblatt mitgeteilt haben, der Abg. Kopsch in seinem Vortrage über die politische Lage ausgeführt, daß die fortschrittliche Volkspartei, auch die Abgg. Ablaß und Müller-Meiningen, nach wie vor an der Resolution vom 19. Juli festhielten. Damit steht in einem gewissen Gegensatz, was Abg. Kopsch zur Kühlmann-Rede gesagt hat. Er führte aus: „Unsere Partei ist mit dem Gedankengang der Kühlmannschen Rede einverstanden, aber trotzdem meinen wir, daß sie ein Fehler war. Eine Entlastungsrede für England war nicht am Platze, sie steht, wie kaum zu bezweifeln, im Widerspruch zu den Tatsachen. Sie bewirkt auch eine Erschlaffung unseres Willens, durchzuhalten, denn England ist der Staat, der für die Verlängerung des Krieges verantwortlich ist. Der Satz über die Beendigung des Krieges mußte in ganz anderer Form, unmißverständlich, ausgesprochen werden. Der Satz über die mögliche Kriegsdauer stand gleichfalls in unglücklichem Zusammenhang. Die Rede ist, wie ich zu sagen wage, im Einverständnis mit dem Reichskanzler und der Heeresleitung gehalten worden, aber sie haben nicht eine so ungeschickte Form gewollt. Die Wirkung der Rede auf das deutsche Volk ist nicht die, die Kühlmann gewollt hat. Wir müßten einig bleiben. Was die Mehrheitsparteien für die Welt bedeuten, wird man erst später erkennen."

Eine solche Auffassung der Kühlmannschen Rede, so bemerkt dazu das Berliner Tageblatt, war bisher in fortschrittlichen Kreisen nicht zum Ausdruck gekommen.

Achtstündige Arbeitszeit in städtischen Betrieben.

Der Berliner Magistrat hat einem Antrage der Direktion der städtischen Gaswerke zugestimmt, nach dem in allen städtischen Gaswerksinspektionen sofort die achtstündige Arbeitszeit eingeführt wird. Auch die Arbeiter der Wasserwerke haben beim Berliner Magistrat die Einführung des achtstündigen Arbeitstages beantragt.

Eine abgelehnte Kohlenpreiserhöhung.

Die von dem Rheinisch-Westfälischen Brikettsyndikat beschlossene Heraufsetzung der Brikettpreise um 2 M. je Tonne ab 1. Juli ist gegen den Widerspruch des preußischen Handelsministers erfolgt, der ihre Notwendigkeit durch die ihm mitgeteilten Wirtschaftsergebnisse der Werke zur Zeit nicht als erwiesen erachtet. Infolgedessen steht eine Anordnung des Ministers zu erwarten, welche die erfolgte Preiserhöhung rückgängig macht.

Rumänien.

Die Annahme des rumänischen Friedensvertrages.

Bukarest, 1. Juli. Die Annahme des Friedensvertrages in der Kammer erfolgte mit 165 Stimmen in der ersten Lesung gegen 4 Stimmen, in der dritten Lesung erfolgte die Annahme einstimmig. Bei der Verkündung der Abstimmung sagte der Kammerpräsident: Wir haben unsere Pflicht erfüllt, jetzt alle an die Arbeit für den Wiederaufbau Rumäniens. Der Vizepräsident der Kammer brachte einen von zahlreichen Deputierten unterzeichneten Antrag auf Reorganisation der großen Bodenkreditinstitutien ein, um diese dem Einfluß der liberalen Parteipolitiker zu entziehen.

Die Peitsche im Kulturland Mecklenburg.

Der mecklenburgische Junker v. Oertzen-Roggow, der „seinen" Schmittet an den Baum bindet, auspeitscht und ihm dann befiehlt, sofort weiterzuarbeiten, hat ein Gegenstück erhalten. Nur ist dieser neue Fall in einer Beziehung noch offäuliger; v. Oertzen wurde schließlich mit zwei Monaten Gefängnis bestraft; in dem neuen Falle aber erhielt die Strafe — der Auspeitschte, weil er wegen der Mißhandlung die Arbeit niederlegte.

Zum Verständnis des Falles muß folgendes vorausgeschickt werden: Das Hilfsdienstgesetz läßt bekanntlich die jugendlichen Personen männlichen Geschlechts unter 17 Jahren dem Hilfsdienstpflicht frei. Verschiedene stellvertretende Generalkommandos haben für diese hilfsdienstfreien Jugendlichen besondere Verordnungen — unter Berufung auf den § 9b des Belagerungszustandsgesetzes — erlassen, durch die die Jugendlichen dem Arbeitszwang in der Landwirtschaft unterstellt werden und ihnen insbesondere untersagt wird, ohne Genehmigung des Arbeitgebers oder der Polizei die Arbeitsstelle zu wechseln. Schutzbestimmungen im Sinne des Hilfsdienstgesetzes gegen willkürliche Ausbeutung durch den „Dienstherrn", wie die Vorschriften über Schlichtungsausschüsse, sind in den Verordnungen nicht enthalten. Die Polizeibehörde ist vielmehr der Schiedsrichter. Unter dieser Rechtslage erging folgendes Urteil eines mecklenburgischen Schöffengerichts:

„Der Angeklagte wird aus § 12 der Bekanntmachung vom 1./13. April 1917 (Verordnung des stellvertretenden Generalkommandos, — D. Red.) in eine Geldstrafe von 10 M. und für den Fall, daß sie nicht beigetrieben werden kann, in eine Haftstrafe von zwei Tagen, sowie in die Kosten verurteilt.

Gründe:

Der Angeklagte hat sich mit Bewilligung seines Vaters ordnungsmäßig beim Erbpächter Bauer in Bresen als Kuhhirte, also in einem landwirtschaftlichen Betriebe, vermietet. Es ist richtig, daß Bauer den Angeklagten am 24. April d. J. und dem folgenden Tage mit der Peitsche und mit Ohrfeigen gezüchtet hat; es ist aber auch festgestellt (unbestritt — D. Red.), daß dies nur infolge großer Trunkenheit (worin diese bestand, wird nicht gesagt. — D. Red.) des Angeklagten und ohne das Maß einer väterlichen Züchtigung (die „väterliche" Peitsche! — D. Red.) zu überschreiten, geschehen ist; der minderjährige Angeklagte also nicht das Recht hatte, deswegen das Dienstverhältnis zu lösen und, wie er tat, einfach wegzulaufen, und zwar ebensowenig nach der Verordnung vom 3. August 1892 (mecklenburgische Gesindeordnung!) als nach § 5 der Bekanntmachung vom 1./13. April 1917 (Verordnung des stellvertretenden Generalkommandos) ohne schriftliche Genehmigung. Der Angeklagte war daher aus der letzteren Anordnung, als der schwereren, zu bestrafen. Man hat dem Angeklagten nach Lage der Sache mildernde Umstände zugebilligt und eine Strafe von 10 M., ausschließlich 2 Tage Haft, für angemessen erachtet."

Das Urteil ist schon rein rechtlich unhaltbar. Nach der mecklenburgischen Gesindeordnung berechtigt jede Mißhandlung das Gesinde zu sofortiger Aufgabe des Dienstes (§ 34 Ziffer 1). Nach Entscheidung des Reichsgerichts ist Mißhandlung jede Einwirkung auf den Körper eines anderen, durch welche in demselben eine nicht unerhebliche Störung des körperlichen Befindens hervorgerufen wird. Von einem Züchtigungsrecht kann ganz und gar nicht die Rede sein. Ausdrücklich bestimmt Artikel 95 des Einführungsgesetzes zum Bürgerlichen Gesetzbuch bezüglich der dem Gesinderecht angehörenden landesgesetzlichen Vorschriften: „Ein Züchtigungsrecht steht dem Dienstberechtigten dem Gesinde gegenüber nicht zu." Und die mecklenburgische Gesindeordnung enthält auch keine widersprechende Bestimmung. Schon deshalb ist das Urteil unhaltbar:

Jedenfalls muß dringend etwas geschehen, daß die Jugendlichen in der Landwirtschaft nicht fernerhin solchen Richtersprüchen ausgeliefert sind. Den stellvertretenden Generalkommandos muß die Befugnis genommen werden, einem Personenkreis, der von Bundesrat und Reichstag ausdrücklich außerhalb der Hilfsdienstpflicht gestellt worden ist, Arbeitsfesseln anzulegen durch Bestimmungen, die einem Gericht zur Rechtsstütze eines Urteils, wie dem vorstehenden, geeignet erscheinen können.

Der Reichstag muß hier ganz dringlich werden.

191454 Gefangene.

Deutscher Heeresbericht vom 1. Juli.

wtb. Großes Hauptquartier, 1. Juli. (Amtlich.)

Westlicher Kriegsschauplatz.

Heeresgruppe Kronprinz Rupprecht.

Die Gefechtstätigkeit setzte am Abend an vielen Stellen der Front auf. Lebhafte Erkundungstätigkeit hielt an. Englische Teilangriffe nördlich von Albert wurden abgewiesen.

Heeresgruppe Deutscher Kronprinz.

Zwischen Aisne und Marne regte Tätigkeit des Feindes. Mehrfach stieß Infanterie zu starken Erkundungen vor. Bei und südlich von St. Pierre-Aigle griff der Franzose gegen Mittag nach heftiger Feuervorbereitung an. Er wurde abgewiesen. Ebenso scheiterten hier nächtliche Vorstöße des Feindes.

Leutnant Löwenhardt errang seinen 32. Luftsieg.

Nach Abschluß der Prüfungen beträgt die Zahl der seit Beginn unserer Angriffsschlachten — 21. März 1918 — bisher über unsere Sammelstellen abgeführten Gefangenen ausschließlich der durch die Krankenstellen zurückgeführten Verwundeten 191454. Davon haben die Engländer 94939 Gefangene, darunter vier Generale und etwa 3100 Offiziere, Franzosen 89099 Gefangene, darunter zwei Generale und etwa 3100 Offiziere, verloren; der Rest verteilt sich auf Portugiesen, Belgier und Amerikaner.

Von den Schlachtfeldern wurden bisher 2476 Geschütze und 15924 Maschinengewehre in die Beutesammelstellen zurückgeführt.

Der Erste Generalquartiermeister: Ludendorff.

Aus aller Welt.

Die spanische Krankheit bei uns! Die sogenannte spanische Krankheit hat nun auch in Groß-Berlin ihren Einzug gehalten. Die Epidemie hat einen erheblichen Umfang angenommen; doch sind, wie ausdrücklich hervorgehoben sei, alle bedachteten Fälle durchweg gutartig verlaufen. Es sind nirgends besorgniserregende Nebenerscheinungen, geschweige denn Todesfälle aufgetreten. — Wie aus München berichtet wird, hat die spanische Krankheit dort stark zugenommen. Leute erkrankten plötzlich auf der Straße, und auch in einzelnen Betrieben kommen gruppenweise Erkrankungen vor. Der Verlauf der Krankheit ist nicht bösartig. Ueberall fast ist das Krankheitsbild dasselbe: Fieber, oft in beträchtlicher Höhe, grenzenlose Abgespanntheit, kräftende, oft anschwellende Augenlider. — Seit einigen Tagen traten plötzlich in verschiedenen Kasernen Mittenbergs zahlreiche Fälle von Influenza auf, deren Verbreitung durch die ziemlich enge Belegung der Kasernen begünstigt wurde. Die Zahl der Erkrankten beträgt 250—300. Die Krankheit zeigt nur einen leichten Charakter. — Die spanische Grippe ist auch in den Danziger Garnisonlazaretten festgestellt worden. Wie die Danziger Zeitung meldet, ist der Verlauf der Krankheit harmlos.

München, 1. Juli. Die spanische Krankheit, die nichts anderes ist als eine Influenza, gewinnt immer mehr an Ausdehnung, so daß, wie die Bayerische Staatszeitung schreibt, von einer Epidemie gesprochen werden kann. Sie breitet sich in den letzten Tagen bedeutend aus. Schätzungsweise hat die Krankheit wohl mehr als 1500 Personen ergriffen. Am meisten erkrankten jene Leute, die der Beruf in größerer Zahl vereinigt.

Bern, 2. Juli. Die sogenannte spanische Krankheit tritt neuerdings auch in Bern auf.

Große Eisenbahndiebstähle in Berlin. Berlin, 30. Juni. Auf dem Anhalter Bahnhofe sind aus einem Güterwagen für 100 000 M. Seidenwaren und für 10 000 M. Schuhwaren entwendet worden. Wie die Diebstähle verübt wurden, konnte noch nicht festgestellt werden.

Schiebungen mit Saatgetreide. In Höxter wurde unter dem Verdachte, umfangreiche Schiebungen mit Saatgetreide vorgenommen zu haben, der Getreidehändler Moritz Hochheimer, Kommissionär der Reichsgetreidestelle und Mitglied der Handelskammer in Bielefeld, verhaftet.

Vermischtes.

Konstantinopel und Vineta. Im Sagenschatz der deutschen Ostseeküste steht die Legende von der vor grauen Zeiten versunkenen reichen Stadt Vineta voran; es sei ein Ort steinerner Handelspaläste gewesen, der am Strande vor dem Streckelsberge auf Usedom sich erhob, bis ihn wegen des Uebermutes seiner Bewohner das Meer hinabschlang. Eine Barre von Felsen unter Wasser an der betreffenden Stelle galt lange als Beweis, aber als vor etwa hundert Jahren die Steine für den Bau der Swinemünder Mole größtenteils herausgezangt wurden, war der Glaube an Häuserstrümmer bereits widerlegt. Immerhin blieb es bei der Tatsache recht alter Nachrichten, daß einst an der Odermündung eine berühmte Hafenstadt lag. Der um das Jahr 1075 schreibende Mönch Adam von Bremen nennt sie Jumna (woraus später Jumneta, endlich Vineta entstand), preist den Reichtum ihrer Bürger, die trotz hartnäckigen Heidentums gute Sitten besäßen, nennt mehrere dort zu findende Wunderdinge und versichert endlich, es sei die größte Stadt Europas. Da Adams Werk unsere erste Quelle für das ältere Nordeuropa und vielsch schätzenswert ist, so haben diese merkwürdigen Angaben über Jumne-Vineta den Forschern viel Kopfzerbrechen, aber auch dauernden Eindruck gemacht. In dem neuesten Stück der Hansischen Geschichtsblätter untersucht nun Carl Niebuhr die Nachrichten genauer und gelangt zu dem überraschenden Ergebnis, daß der Bremer Geistliche Notizen von noch früherer Hand wiedergab und dabei nicht bemerkte, daß sie sich nur zum kleineren Teil auf Jumne bezogen. In der Vorlage Adams betraf die Erwähnung der größten Stadt des damaligen Europa, wo „griechisches Feuer" (eine Zündmasse) zu haben war und drei Meerengen sich berühren, vielmehr Konstantinopel, während alle nordischen Einzelheiten wirklich Jumne-Vineta im Auge hatten. Damit verliert die Kunde vom alten Vineta zwar ein Stück ihrer ererbten Romantik, wird jedoch zugleich von den bisher begründeten Zweifeln an ihrem Dasein befreit. Es dürfte sich künftig um die Ermittelung des Punktes im Küstengebiet des Oderausstritts handeln, wo Vineta gelegen haben könnte. Jedenfalls ist die Oertlichkeit nicht in der Reihe der heutigen Strandbäder zu suchen, deren Schutzlosigkeit gegen Seeräuber solche freie Anlagen noch verbot, und es erweckt wieder einen Begriff von den märchenhaften Zeiten des Mittelalters, daß ihren Gelehrten an der Weser die Odergegend ebenso fern und fremd war wie der Bosporus.

Städtischer Nahrungsmittelverkauf.

Kartoffeln. Donnerstag, vormittags von 8—12 Uhr: Nr. 8001 bis 12000, nachmittags von 2—6 Uhr: 12001—16000 der Lebensmittelscheine in der Talamtschule. Jede Person auf Abschnitt 13 der Kartoffelkarte 3 Pfund.

Butter. Von Donnerstag bis Sonnabend auf Abschnitt 27 der Fettkarte, jede Person 45 Gramm.

Graupen. Von Mittwoch ab auf Marke 199 des Warenbezugsscheines 16 für jede Person ¼ Pfd.

Mager- oder Buttermilch. Mittwoch von nachmittag 4 Uhr an auf Abschnitt 8 des Einkaufsscheins über Molkereierzeugnisse bei den Milchhändlern Krebs, Lerchenfeldstraße 22, Wipfel, Kellnerstraße 8, Harnisch, Schillers Hof 11, sowie in der Verkaufsstelle der Niemberger Molkerei, Schulstr. 13. Jede Person ½ Liter auf Lebensmittelscheine Nr. 5001 bis 11000.

Quark. Am Mittwoch auf Abschnitt 8 des Einkaufsscheins über Molkereierzeugnisse bei den Milchhändlern John, Gr. Gosenstraße 17, Wünsche, Gr. Gosenstraße 21, Meinhard, Gr. Brunnenstraße 36 und Jäckh, Gr. Brunnenstraße 16. Jede Person ½ Pfund auf die Lebensmittelscheine Nr. 46001 bis 53000.

Gerstenmehl. Mittwoch vormittags 8—12 Uhr: Nr. 18001 bis 23000, nachmittags 2—6 Uhr: Nr. 23001—28000 der Lebensmittelscheine. Jede Person auf Abschnitt E der besonderen Warenbezugskarte für Kinder bis zu 12 Jahren ½ Pfund für 38 Pf.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17062977519180702-11/fragment/page=0003

Aus der Partei.

25 Jahre im Reichstag.

In diesen Tagen sind 25 Jahre vergangen, seitdem die Genossen Richard Fischer, Fr. Brühne, Karl Legien, Paul Reißhaus und Robert Schmidt dem Reichstag angehören. Wir wün, schen den Jubilaren, die in der Schule der Parteidisziplin alt geworden sind, daß sie auch fernerhin in alter Treue zur Partei stehen und ihnen noch die Freude zuteil wird, die Hoffnung auf bessere Zukunft erfüllt zu sehen.

Ein Abschied.

Die Thüringer Freie Presse, die seit Jahresfrist als Wochenblatt erschien, wendet sich mit folgenden Abschiedswort an ihre Leser:

„Untrügliche Vorgänge und Anzeichen ließen uns mit Sicherheit darauf schließen, daß wir an der Stelle, wo wir sonst zu neuem Abonnement auffordern konnten, die Mitteilung machen müssen, daß es uns für die Folge, während des Krieges, solange der Belagerungszustand und die Zensur das wahre, freie Wort fesselt, unmöglich wird, die Thüringer Freie Presse in der bisherigen Weise als periodische Druckschrift weiter erscheinen zu lassen. Notgehorchend müssen wir uns fügen. Uns nur darauf zu beschränken, polemisierend gegen ehemalige Kampfgenossen Stellung zu nehmen, ohne zu den brennenden Fragen der inneren Politik das sagen zu können, was nach unserer ehrlichen Ueberzeugung gesagt werden muß: das können wir schon deshalb nicht, weil wir nicht den Anschein erwecken wollen, mit dazu beizutragen, daß dem Volke die Wahrheit vorenthalten wird.

Trotz allen Differenzen und Meinungsverschiedenheiten, die der Krieg und seine Begleiterscheinungen in unsere Reihen getragen hat, wird sich die zwingende Notwendigkeit ergeben, daß die Zukunft eine Wiedervereinigung der sich jetzt befehdenden sozialdemokratischen Parteien gebieterisch fordert. Diese im Interesse der deutschen Arbeiterklasse erforderliche Vereinigung in einer geschlossenen, starken Organisation glauben wir aber nicht fördern zu können, wenn wir uns lediglich im Bruderkampf betätigen, ohne daß es uns möglich ist, unserer ehrlichen Ueberzeugung so Ausdruck geben zu können, wie wir es als unsere pflichtgemäße Aufgabe betrachten.

Also warten wir es ab, bis sich wieder die Möglichkeit bietet, das tun zu können, was jetzt uns unmöglich gemacht wird."

Die Gründung der Th. Fr. Pr. war eine Folge des Ueberganges der Erf. Tribüne in das unabhängige Lager. Die Abschiedsworte klingen etwas dunkel.

Gewerkschaftliches.

Ein Ehrentag des Holzarbeiterverbandes.

Die soeben erschienene letzte Juni-Nummer der „Holzarbeiterzeitung" ist der Feier eines doppelten Ehrentages gewidmet: 50 Jahre sind verflossen, seitdem die erste gewerkschaftliche Zentralorganisation der deutschen Holzarbeiter ins Leben trat, und am 1. Juli 1893, also vor 25 Jahren wurde der Deutsche Holzarbeiterverband gegründet. 1868, noch vor der Aufhebung der Koalitionsverbote, welche bekanntlich erst am 1. Oktober 1869 außer Kraft traten, wurde auf Veranlassung der Lassalleaner im Anschluß an den Allgemeinen Deutschen Arbeiterkongreß die Gewerkschaft der Holzarbeiter von Theodor York gegründet. Mit ihrem Leiter ging die Organisation bald aus dem Lager der Lassalleaner in das der Eisenacher über. Heftige langwierige Kämpfe führte sie mit der Gegenorganisation der anderen Richtung, dem Allgemeinen Tischlerverein, und der Streit überdauerte sogar die Einigung der beiden sozialdemokratischen Parteien. Erst im Jahre 1877 fand man sich zum Bund der Tischler und verwandten Berufsgenossen zusammen, — wenige Wochen später zerstörte das Ausnahmegesetz alle Anfänge der Organisation. Erst allmählich fanden sich die durch seinen Terror anfangs völlig zersprengten Arbeiter wieder zusammen. Auch zahlreiche kleinere Organisationen der Holzarbeiter entstanden, und trotz aller gesetzlichen Schwierigkeiten fanden sich auch die Fachvereine bald wieder zu Zentralverbänden zusammen, von denen der größte und wichtigste der Deutsche Tischlerverband war, der 1883 gegründet ist. Nach dem Fall des Ausnahmegesetzes setzten die Bestrebungen auf Schaffung umfassender Industrieverbände an Stelle der Branchenorganisation lebhaft ein, und die Holzarbeiter waren mit die ersten, die auf dem Kasseler Holzarbeiterkongreß vom April 1893 einen Industrieverband aller Holzarbeiter gründeten, denen sich sofort die Tischler, Drechsler, Stellmacher und Bürstenmacher anschlossen; im Laufe der Jahre hat sich eine ganze Reihe weiterer Berufsverbände mit dem Holzarbeiterverband verschmolzen, doch arbeitet dieser auch mit Berufsverbänden, die sich ihm aus irgendeinem Grunde nicht anzuschließen wünschen, freundnachbarlich zusammen. Im Holzarbeiterverband selbst werden die besonderen Brancheninteressen durch eigene Sektionen, Konferenzen und Zentralkommissionen wahrgenommen.

Aufstieg und Leistungen des Deutschen Holzarbeiterverbands sind allgemein bekannt. Er hat gegenwärtig in der Heimat über 110 000 Mitglieder, davon 20 600 weibliche und jugendliche, ein Verbandsvermögen von 8 Millionen, einen Jahresetat von 4½ Millionen und kann auf eine riesige Leistung für die Verbesserung der Lebenslage der Holzarbeiter durch Kampf und Unterstützungen zurückblicken. Weit über 100 000 seiner Mitglieder stehen im Felde. Ueber die Bedeutung einer Organisation, aus der für die deutsche Arbeiterklasse Führer wie Legien, Robert Schmidt, Wilhelm Keil, Theodor Leipart usw. hervorgegangen sind, für die Gesamtarbeiterbewegung bedarf es keiner weiteren Worte. Die ganze deutsche Arbeiterschaft nimmt an den Ehrentagen des Holzarbeiterverbandes Anteil und wünscht ihm weiteres Wachsen, Blühen und Gedeihen.

*

Gewaltige Mitgliederzunahme der Gewerkschaften.

Wie das „Korrespondenzblatt" der Generalkommission mitteilt, weisen die jüngsten Erhebungen über den Stand der Zentralverbände wiederum eine erfreuliche Vermehrung der Mitgliederzahl auf. Am Schluß des ersten Quartals 1918 umfaßten die der Generalkommission angeschlossenen Zentralverbände (ohne die Eisenbahner und Chorsänger) 1 336 519 Mitglieder, darunter 981 783 männliche und 354 786 weibliche. Die Mitgliederzahl hat sich in diesem Vierteljahr um 59 887 oder 4,7 Prozent vermehrt. Gegenüber dem tiefsten Stand der Gewerkschaften während des Krieges am Jahresschluß 1916 beträgt die Zunahme bereits rund 400 000 Mitglieder. Die Zahl der weiblichen Mitglieder ist gegenwärtig um 133 715 höher als vor dem Kriege. „Die seit Anfang des Vorjahres eingetretene kräftige Aufwärtsbewegung der Mitgliederzahl der Zentralverbände, die sich mit den besten Entwicklungsperioden der Gewerkschaften messen kann, berechtigt (nach dem „Korrespondenzblatt") zu den schönsten Hoffnungen für die künftige Machtentfaltung der Gewerkschaften nach dem Kriege."

Für Unterstützungszwecke haben die Gewerkschaften während des Krieges jetzt insgesamt 72,3 Millionen Mark ausgegeben, davon über 25 Millionen für Arbeitslosenunterstützung, hauptsächlich im ersten Kriegsjahr, und über 26 Millionen für Unterstützung der Familien der Kriegsteilnehmer. Gegenwärtig ist die Arbeitslosigkeit gering; sie betrug am Ende des ersten Quartals bei den männlichen Mitgliedern 0,4, bei den weiblichen Mitgliedern 2,1 Prozent der Gesamtzahl.

Bekanntmachung.

Die Inhaber von **Bäckereien und Konditoreien, sowie die Süßigkeitsgewerbetreibenden** werden hierdurch aufgefordert, die für den **Monat Juli 1918 gültigen Zuckermarken,** und zwar die Geschäftsinhaber mit den Anfangsbuchstaben A—J am Dienstag, dem 2., diejenigen mit den Anfangsbuchstaben K—R am Mittwoch, dem 3., und diejenigen mit den Anfangsbuchstaben S—Z am Donnerstag, dem 4. Juli 1918, vormittags von 8 bis 12½ Uhr im Stadternährungsamt, Marktplatz 22, 2. Obergeschoß, Zimmer 9, in Empfang zu nehmen.

Ein Ausweis ist mitzubringen. Die Ausgabe der Zuckermarken an Gastwirtschaften erfolgt später.

Halle, den 1. Juli 1918. **Der Magistrat.**

Bekanntmachung.

Das von dem Seruminstitut Bram in Oelzschau (Sachsen) hergestellte Rotlaufserum ist zur Verwendung bei der Impfung von Schweinen auch in Preußen zugelassen worden.

Halle, den 28. Juni 1918.

Die Polizeiverwaltung.

Bekanntmachung.

Abdrücke der Polizeiverordnung über das Dienstmannsgewerbe vom 17. Mai 1918, wie sie die Dienstmänner bei sich zu führen haben, sind in der Buchdruckerei von Hendrich, Gr. Ulrichstraße 11, erhältlich.

Halle, den 26. Juni 1918.

Die Polizeiverwaltung.

Durch Bekanntmachung vom 2. Juli 1918 — Nr. M. 703/3. 18 KRA. — habe ich eine Bestandserhebung von Wismut verfügt.

Die Bekanntmachung ist in den amtlichen Zeitungen und in ortsüblicher Weise veröffentlicht worden.

Magdeburg, den 2. Juli 1918.

Der stellvertretende Kommandierende General des IV. Armeekorps.
Sontag,
Generalleutnant.

1321]

Hallescher Hausfrauenbund
Schullehrgang für Anfertigung von Straßenschuhen.
Anmeldungen Große Steinstraße 16 I (9—12 u. 3—5 Uhr) und Rathausstraße 17 (10—12 Uhr) wochentäglich.
1319] Mitglieder Ermäßigung.

Für Rüstungs- u. Munitionsarbeiter.
In Halle und auswärts werden
Frauen und Mädchen
in großer Zahl gesucht.
Frauenarbeits-Meldestelle
1312] **Halle, Leipziger Straße 16, I.**

Soeben erschienen:
Der Mieterschutz
Eine gemeinverständliche Darstellung nach den kriegszeitlichen Bekanntmachungen über
Einigungsämter, Zahlungsfristen
Mietfragen und Kriegsteilnehmerschutz
von
Arbeitersekretär **Fritz Henck**
Preis 30 Pf., nach auswärts 40 Pf. gegen Voreinsendung.
Zu beziehen von der
Buchhandlung der Volksstimme
Halle, Gr. Ulrichstraße 27

Möbel auf Teilzahlung.
Empfehle mein großes Lager in 3 Etagen in ganzen Wohnungs-Einrichtungen, sowie einzeln. Möbeln, besonders schöne Schlafzimmer, Bettstellen m. Matratz., Sofas, Kleiderschränke Vertikos, Küchenmöbel aller Art.
Kredit auch nach auswärts.
N. Fuchs, Möbel-Ausstattungs-Geschäft, [1270
Halle a. S., Gr. Ulrichstr. 58, I., II., III. Etage.

Buchhandlung der Volksstimme
Fernsprecher 5407 **HALLE** Gr. Ulrichstraße 27
Empfehlenswerte Schriften belehrenden und unterhaltenden Charakters:
Die Gleichheit — Zeitschrift zur Verfechtung der Interessen der schaffenden Frau. Einzelnummer . . . 10 Pf.
In freien Stunden — Wochenschrift, enthaltend spannende Romane und interessante Erzählungen für jede Arbeiterfamilie. Wöchentlich eine Nummer zum Preise von . . . 15 Pf.
Der Wahre Jacob — Illustrierte politisch-satirische Wochenschrift, die einzelne Nummer . . . 15 Pf.
Berliner Illustrierte Zeitung — Einzelnummer . . . 10 Pf.
Arbeiter-Gesundheits-Bibliothek — herausgegeben unter Leitung von Dr. med. **Zadek.** Ca. 50 verschiedene Bändchen . . . à 20 Pf.
Dokumente zum Weltkrieg — Bearbeitet von Eduard Bernstein
Reichhaltige Roman-Bibliothek — der beliebtesten Autoren.
Für die Schneiderei:
Modenzeitung / Frauenzeitung / Praktische Damenmode Hausschneiderei/Sonntagszeitung/Deutsche Modenzeitung

Die Internationalität und der Krieg
von **Karl Kautsky** — Preis 20 Pf.
Elsaß-Lothringen und die Sozialdemokratie
von **Hermann Wendel** — Preis 40 Pf.
Zu haben in der
Buchhandlung Volksstimme, Halle
Gr. Ulrichstraße 27.

Schlosser u. Schmiede
werden eingestellt. [1314
Wienrich & Co.,
Feldbahnfabrik,
Merseburger Straße 45 k.

Lumpen, Knochen, Eisen, Metalle, Papier
kauft
Alb. Bode jun., Große Klausstr. 22.

Maurer u. Bauarbeiter
bei dauernder Beschäftigung für kriegswichtigen Betrieb gesucht.
Meldung: **Baustelle Bebitz** bei Könnern (Bahnstation).
Friedr. Knape, Halle a. S.
1299] Maurer- und Zimmergeschäft.

Zimmerleute
bei dauernder Beschäftigung für kriegswichtigen Betrieb gesucht.
Friedr. Knape, Halle a. S.
1300] Maurer- und Zimmergeschäft.

Eine sorgenfreie Zukunft
was die Ernährung anbelangt, verbürgt der Gebrauch unseres **Dampfeinkochapparates.** Er hat ganz besondere Vorzüge: schließt die Gläser unbedingt fest, garantiert für jahrelanges Frischhalten von Obst, Gemüse und Fleisch, spart bedeutend an Zeit und Brennstoff. [1226
Auskunft umsonst.
Unsere Einkochgläser passen zu jedem vorhandenen Apparat.
C. F. Ritter,
Halle a. S., Leipziger Straße 90.

Städtisches Solbad Wittekind.
Mittwoch, 3. Juli, anläßlich der 72. Wiederkehr des
Brunnenfestes
früh 7 Uhr
Fest-Morgen-Musik
vom Stadttheater-Orchester.
Leitung: Kapellmeister **Karl Nöhren.**
Eintrittspreise: Erwachsene 25 Pf., Kinder 20 Pf.
Dauerkarten haben Gültigkeit.
Abends 7 Uhr
Fest-Doppel-Konzert
ausgeführt vom Stadttheater-Orchester unter Leitung des Kapellmeisters **Karl Nöhren** und der Musikabteilung des Ersatzbataillons des Landwehr-Infanterie-Regiments Nr. 36.
Leitung: Musikmeister **Ermlich.**
Eintrittspreis 50 Pf.
Inhaber der Dauerkarten 20 Pf. Nachzahlung.

Der **Wahre Jacob**
Nr. 2
Preis 15 Pfennig
Buchhandlung Volksstimme
Halle, Gr. Ulrichstraße 27

Stadt-Theater
Mittwoch, 3. Juli
Anfang 7,30 Uhr Ende 10 Uhr
Mutter
Schauspiel v. Paul Lehmann.
Donnerstag: **Der Revisor.**

Als Schneidermeister
empfiehlt sich für alle vorkommenden Arbeiten, wie auch Wenden, Aendern von Herren- u. Damengarderobe.
O. Heimfath & Sohn,
Steg 13.

Fast neue echte [828
Möbel aller Art
Küchen, Schlafzimmer-Einrichtungen, Nußb.-Schränke, Vertikos, Sofas, Matratzen (große Auswahl) empfiehlt
R. Sachse, Hohenmölsen, Lützener Str. 7.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17062977519180702-11/fragment/page=0004

Beilage zur Volksstimme.

Nr. 149. Halle, Dientstag den 2. Juli 1918. 2. Jahrgang.

Halle und Saalkreis.

Halle, 2. Juli 1918.

Raum für alle . . .

Ein Märchen, das keins bleiben darf.

Auf der Straße rollen wieder die Wagen und Wägelchen mit Möbelstücken, Betten und allerlei anderm Hausrat einher: es ist Ziehtag. Zwar nicht einer erster Ordnung, aber immerhin gibt es ein Wandern aus alten in neue Wohnungen. Für viele auch ein Wandern aus bescheidener, freundlicher Behaglichkeit in lichtlose, dumpfe Enge. Manche müssen auch vom eignen Herd fort in eine Wohnung, die schon bewohnt ist. Es müssen sich dann in Räume, die schon klein und eng genug für eine Familie sind, zwei Familien teilen. Mancher Krieger, der im Frieden mit seiner Hände Arbeit den gepriesenen eignen Herd wohl zu erringen vermochte, kommt jetzt in fremde Wohnungen, die noch bewohnt sind von fremden Menschen, auf Urlaub. Was von ihm besonders stolz empfunden wird!

Aber gemach: die Uebervölkerung der kleinen, dumpfen Wohnungen wird aus der Welt geschafft, das Rennen und Jagen nach einer Stätte, wo man Unterschlupf findet, hört auf. Von einer hohen Behörde ist die Zwangseinquartierung und Rationierung in Aussicht gestellt! Rationierung des Wohnraums, das bedeutet Verteilung der Räume, auch der hellen luftigen in Villen und feinen Herrschaftshäusern, nicht nur der kleinen Kasten, die schon genug aufgeteilt sind. Das bedeutet den Sieg der Vernunft und des Lebens über tote Akten und Rechtstitel.

Es gibt Schwarzseher, die sagen, das sei ein bißchen zuviel verlangt von der deutschen Bureaukratie und bedeute eine Art Selbstmord, denn deren Leistungen in der Ernährungsfrage... na usw. Aber das sind eben nur Schwarzseher und Nörgler. Wir andern haben es alle mit eignen Augen gelesen: es kommt die gerechte Verteilung des Raumes, des Lichtes, der Freude und der Lebensmöglichkeit.

Vorher aber kommt in die Straßen mit seinen großen Häusern eine Beamtenmütze und eine schwarze Mappe. Wir sehen sie von der Henriettenstraße her in den Mühlberg einbiegen. Da stehen Häuser in vornehmer Einsamkeit. Prächtige Gärten, groß, kostspielig und in manchen Fällen sogar geschmackvoll hergerichtet, umschließen sie. Wir getrauen uns kaum, die Namen auf glänzenden Metallschildern, die noch mehr glänzen als poliertes Messing, zu lesen. Uns packt stets heilige Scheu vor diesen Namen, diesen Häusern. Ueberdies sind auf den Gartenmauern lange Eisenspitzen angebracht, die zeigen sollen, was man von den Mitmenschen hält. So etwas zieht den Blick nicht an.

Aber die Mappe kommt sonder Scheu. Klingling! „Wieviel Menschen wohnen in diesem Haus?" — „Zwei Menschen und drei Dienstboten." — „Schön, es können gut hundert Menschen, große und kleine, darin glücklich sein." — „Aber mein Besitzrecht?" — „Höher steht das Vaterland, und Sie sind doch wohl von der Vaterlandspartei?" — „Ein gutes Wort; bitte teilen Sie nicht nur den Raum, sondern auch die Schätze in Keller und Vorratskammer."

Von Villa zu Villa, von Prunkhaus zu Palast geht die schwarze Mappe. Ueberall das gleiche Gespräch. Nach einer Weile, dann wird die ganz hochfeine Straße belebt sein von fröhlichen Kindern, die in Holzsandalen Tänze aufführen und Marmeladestullen verzehren. Morgens zur Schulzeit gibt es in dem stolzen Viertel eine kleine Völkerwanderung. In den Gärten aber auf grünem Rasen krabbeln und zappeln kleine Lausbübchen und feuchtnäsige Weiblein. Staunen in die grünen Wipfel und wundern in Blättern umher. So etwas Feines, diese Welt; das ist doch reineweg zum Springen und Singen.

Wenn dann abends schwarze rissige Dreherhände im Garten liebkosend über Blüten streichen, da wird es eine schöne Erholung geben. Oder wenn die schwarzen, rissigen Hände nach harter Tagesarbeit so recht behaglich im Fenster liegen und nebenan sehr feine, weiße sichtbar werden, dann gibt es gewiß eine freundnachbarliche Unterhaltung, beinahe eine Aussöhnung der Klassen. Denn die weißen, schmalen Hände sind begeistert von den deutschen Granaten und ihren Wirkungen, sie müssen wohl auch ein wenig Sympathie haben für die Hände, die Granaten drehen.

Aber die Beamtenmütze und die Mappe gönnen sich kein Ausruhen. Sie wissen, daß auch die Zahl der leerstehenden großen Mietwohnungen verhältnismäßig groß ist — erschrecklicher Mangel ist nur an kleinen und mittleren Wohnungen —, sie wissen ferner, daß es solch feine, einsame Häuser noch in bedeutender Menge gibt. Sie gehen hin und führen Menschen hinein. Was der alte Faust als seinen höchsten Wunsch vor seinem Tode aussprach, wird nun traumhaft schöne Wirklichkeit: es wird dem Volke Raum geschaffen zum Wohnen.

Es gibt natürlich Schwarzseher, das weiß man. Die sagen, für das neue Wohnen werden Kegelbahnen, Fabrikäle, Wäscheböden und Baracken hergerichtet. Und die Raumteilung wird in solchen Wohnungen vorgenommen, wo die Menschen schon bald nicht mehr nebeneinander, sondern übereinander leben. Es gäbe nur eine Steigerung der Mieten, aber keine Erhöhung der Wohnfreudigkeit. Und in der großen Zeit des Krieges habe niemals bei der Versorgung des Volkes das Große, Einfache und Gute gesiegt, immer nur kleine Bedenklichkeiten und stets das Unpraktische.

Lassen wir nur diese Schwarzseher und Nörgler, es wird sich ja zeigen, daß — sie recht behalten!

•

Um den Mittellandkanal.

Für die südliche Linienführung des Mittellandkanals und den Stichkanal Oschersleben—Halberstadt fand jetzt in Halberstadt eine große Versammlung statt, der u. a. auch der kommandierende General des 4. Armeekorps Sonaig, der Vorsteher der Kriegsamtstelle Magdeburg, Rittmeister Klamroth, u. a. beiwohnten.

Der Oberbürgermeister Dr. Gerhardt hob die Wirtschaftlichkeit der Wasserstraßen im allgemeinen und des Stichkanals Oschersleben—Halberstadt im Hinblick auf das reiche Harzgebiet im besonderen hervor. Nicht nur für Halberstadt, sondern auch im allgemeinen sei jetzt die südliche Linienführung als die bewährteste hervorgetreten. Der Handelskammerpräsident Koempfert hob die Bedeutung der Südlinie für das Wirtschaftsgebiet der Handelskammer hervor, und begrüßte es, daß der Ausschuß für den Stichkanal Oschersleben—Halberstadt seine Arbeiten bereits so weit gefördert habe. Dann gab Stadtrat Grau, der Vorsitzende des Stichkanal-Ausschusses, ein Bild über die bisherige Tätigkeit der einzelnen Ausschüsse, seit der ersten derartigen Versammlung am 15. April 1916, und zeichnete ein fesselndes Bild über die Rentabilität der Südlinie mit dem Stichkanal Oschersleben—Halberstadt durch den das weite Industrie- und Harzgebiet aufgeschlossen werden könnte. Daraufhin hielt Dr. Wachler (Braunschweig) einen interessanten Lichtbildervortrag über die Südlinie, der in folgenden Leitsätzen gipfelte: Technische Schwierigkeiten gegen die Südlinie liegen nicht vor. Es kommt nicht darauf an, eine technisch ideale Lösung zu finden, sondern eine solche, die den wirtschaftlichen Erfordernissen entspricht. Volkswirtschaftlich sprechen zwingende Gründe für die südliche Linienführung, kriegswirtschaftlich ist die südliche Linienführung eine zwingende Notwendigkeit, volkswirtschaftlich weist sie die größte Rentabilität auf und volkswirtschaftlich dient sie am besten den Landeskulturinteressen. Der Handelskammersyndikus Dr. Bachmann behandelte weiter den Stichkanal Oschersleben—Halberstadt im besonderen mit Rücksicht auf die reichen Industriemöglichkeiten im weiten Harzgebiet, die jetzt vielfach infolge der schlechten Verkehrsverhältnisse ungenutzt daliegen. Die Kosten für den Stichkanal betrügen etwa 9½ Millionen M. und die Gesamtkosten für die Südlinie würden hoch den gegebenen Verhältnissen in weniger als 15 Jahren rentiert haben. Am Schluß der Versammlung wurde folgende Entschließung einstimmig angenommen: „Die aus allen Erwerbsständen bestehende Einflußgebiets des Stichkanals Halberstadt—Oschersleben besuchte Versammlung kann nur die südliche Linienführung als die wirtschaftlich zweckmäßigste anerkennen. Für alle Erwerbszweige würde sie erhebliche Erleichterungen hinsichtlich der Herbeischaffung und Versendung von Gütern bringen. Einige Erwerbszweige würde sie vor der Gefahr des Niederganges behüten, andre wettbewerbsfähiger machen, andern die Steigerung ihrer Erzeugnisse und die Rückgewinnung verloren gegangener Absatzgebiete ermöglichen. Nur die Südlinie vermag den Harz mit seinen reichen Naturschätzen zu erschließen. Ohne den unerläßlichen Stichkanal nach Halberstadt würde jedoch die Nutzbarmachung der Erze, Hölzer und Steine des Harzes nur zu einem kleinen Teile möglich sein."

* **Ueber die Abgabe von Zusatzbrotmarken für Schwerarbeiter** gibt der Magistrat bekannt: Da nur eine beschränkte Mehlmenge zur Ausgabe von Zusatzbrotmarken an Schwerarbeiter zur Verfügung steht und bei weiteren begründeten Anträgen auf Bewilligung von Zusatzbrotmarken entsprochen werden muß, kann nur solchen Anträgen auf Gewährung von Zusatzbrotmarken stattgegeben werden, denen gleichzeitig eine Bescheinigung der Arbeitgeber darüber beigefügt ist, ob und welche Arbeitnehmer in den betreffenden Betrieben ausgeschieden sind. Vordrucke zu Anzeigen über Kürzung der Zusatzbrotmarken sind in den städtischen Markenausgabestellen erhältlich. Die Anzeigen sind an den Magistrat — neben den dem Stadternährungsamt einzureichenden Veränderungsanzeigen einzusenden.

* **Verschärftes Bezugsscheinverfahren bei Kleideranschaffung.** Die Reichsbekleidungsstelle hat angeordnet, daß in Zukunft zur Ausstellung eines Bezugsscheines regelmäßig schriftliche Bestandsversicherungen abzugeben sind, und daß die Bezugsscheinbehörden bei Verdacht unrichtiger Bestandsversicherungen stichprobenweise als Verwaltungsmaßnahme anzusehende häusliche Nachprüfungen vorzunehmen haben. Alle Antragsteller, die wegen zu hohen Bestandes einen Bezugsschein nicht erhalten können, sollen auf die Möglichkeit der Bezugsscheinerlangung gegen Abgabebescheinigung hingewiesen werden. Zur weiteren Förderung der Papiergarnindustrie ist ferner angeordnet worden, daß Gebrauchsgegenstände aus reinem Papiergarn auf den Bestand an Kleidungs- und Wäschestücken nicht anzurechnen sind.

* **Keine erneute Schröpfung der Brikettverbraucher?** Das Niederlausitzer Brikettsyndikat hat sich nach Besprechung mit dem Handelsminister entschlossen, seinen auf Erhöhung der Brikettpreise vom Juli an gerichteten Beschluß zurückzuziehen. Aus Händlerkreisen wird dazu geschrieben, daß die Brikettpreise nicht etwa seit dem 1. Oktober 1917 unverändert geblieben sind, sondern im April 1918 indirekte Erhöhungen erfahren haben. Diese ergeben sich daraus, daß das mit dem 1. April neubegründete Niederlausitzer Brikettsyndikat, dem bekanntlich auch die Ilse-Bergbau-Gesellschaft angeschlossen ist, seinen Abnehmern die bisher im Briketthandel üblichen Rabatte nicht mehr gewährt. Diese Rabatte stellten sich auf 1.20 M. für die Tonne, also auf 12 M. für 10 Tonnen. Außerdem habe sich das Syndikat und seine Handelsgesellschaften ungefähr seit demselben Zeitpunkte vorbehalten, Eisenbahnwaggons, soweit es ihnen paßt, in gepackter Ware abzufertigen, wodurch für 10 Tonnen ein weiterer Aufschlag von 5 M. für den Abnehmer entsteht. Früher wurden Waggons in gepackter Ware mit demselben Aufschlage nur dann geliefert, wenn der Abnehmer dies ausdrücklich gewünscht hatte. Für die Abnehmer, d. h. die Kohlenhändler, entstehen im ganzen also Zuschläge von 12 bis 17 M. pro 10 Tonnen. Da der Handelsminister bestimmt hat, daß diese Zuschläge auf die Privatverbraucher und auf das Kleingewerbe nicht abgewälzt werden dürfen, haben die Händler diese Zuschläge aus eigner Tasche zu bezahlen, und nur ihren großgewerblichen Abnehmern dürfen sie sie in Rechnung stellen.

* **Eine Kleiderversorgungs-Genossenschaft** m. b. H. soll Dienstag, den 9. Juli, vormittags 11 Uhr im Sitzungssaal der Handelskammer gegründet werden. Um die aufzubringende 1 Million getragener Männeranzüge in zweckmäßiger Weise der Arbeiterschaft kriegswichtiger Betriebe zuzuführen, beabsichtigt die Reichsbekleidungsstelle, in 54 Orten des Reiches, darunter in Halle, für die Bezirke der Handelskammern zu Halle und Dessau, „Reichskleiderlager" einzurichten. Diese Lager sollen die gesammelten Anzüge von den Kommunalverbänden kaufen, fachmännisch sortieren und aufbewahren und an die industriellen Betriebe verkaufen, denen die Heimarmee-Abteilung der Reichsbekleidungsstelle auf bestimmte Mengen lautende „Ankaufsscheine" ausgefertigt hat. Die Reichsbekleidungsstelle will das Reichskleiderlager wenn möglich nicht behördlich verwalten, vielmehr dem Webwaren-Kleinhandel Gelegenheit zur Beteiligung geben. Zu diesem Zweck soll die Gesamtheit der Webwaren-Kleinhändler der genannten Handelskammerbezirke zu einer Kleiderversorgungs-Genossenschaft zusammengeschlossen werden. Diese Genossenschaft wird nicht Lagerhalter der Reichsstelle, sondern Eigenhändler. Die Kommunalverbände werden angewiesen, die von ihnen beschafften Anzüge in tragfähigem Zustand und zu Preisen, die nach den Richtlinien der Reichsstelle geblidet sind, dem Reichskleiderlager in Halle käuflich zu überlassen, das seinerseits zur Abnahme der Anzüge verpflichtet ist. Die „Kleiderversorgungs-Genossenschaft" nun soll vor allem neben der Förderung der wirtschaftlichen Interessen des Webwaren-Kleinhandels den An- und Verkauf dieser Waren, insbesondere den Betrieb eines Reichskleiderlagers erledigen.

* **Fortschreitende Erwärmung, doch vorläufig noch veränderliches Wetter.** Die vergangenen Wochen gehörten zu den kältesten Sommerwochen, die Mitteleuropa seit Jahrzehnten erlebt hat. Bei bedecktem Himmel und häufigen, vielfach tagelang ununterbrochenen Regenfällen blieben die Temperaturen im größten Teile des Landes selbst mittags unter 15, vielfach sogar noch unter 10 Grad Wärme, und die Temperaturmittelwerte lagen niedriger als je zuvor in dieser Jahreszeit. Die ungünstige Wetterlage entstand durch die Verlagerung eines Minimums über Südskandinavien, dessen Bereich sich südwärts bis zu den Alpen erstreckte, und das sowohl im Westen wie im Osten von Gebieten hohen

Handel und Wandel.

73] Von F. W. Hackländer.

Solche Szenen folgten eine der anderen. Herr Braun spürte an den Seidenzeugen umher und seinem Blick entging nicht das geringste. Die Zunge der Wage mußte mit einer Schärfe einspielen, die unglaublich war, Abgüge wegen fehlender Seide oder wegen kleiner und großer Fehler wurden unzählige gemacht, und je größer die Liste derselben wurde, je eifriger rieb sich der Prinzipal die Hände. In dem Sprachrohr zischelte es hin und her und auch Fräulein Pfeffer machte glänzende Geschäfte. Dieselbe, über die Blütenjahre längst hinaus, war lang und hager, äußerlich ein vollkommener Gegensatz ihres Bruders, im Innern aber harmonierte das Geschwisterpaar aufs vollkommendste. Hatte man auf der Wiegkammer dem armen Weber abgezogen, was nur möglich war, so schraubte ihn Fräulein Pfeffer aufs allerentsetzlichste, indem sie ihm für das Guthaben auf das Warenkonto schlechten Zucker und noch schlechteren Kaffee gab, oder den armen Leuten Sachen aufdrängte, die sie oftmals gar nicht brauchen konnten.

Diese würdige Dame trug ein altes, verschossenes, hochgelbes Seidenkleid und hatte auf zwei mächtigen falschen Locken eine große Blondenhaube mit verknitterten Blumen; dabei war es komisch anzusehen, wenn sie in diesem prachtvollen Anzug Kaffee und Zucker wog und Butter und Seife auf blaues, schmutziges Papier strich.

In der Wiegkammer klapperten die Spulen, klirrte die Wage, fistelte der Herr Braun, rumorte der Herr Block mehr als notwendig schien, und dazwischen annoncierte der Prinzipal seiner Schwester die unglücklichen Schlachtopfer, die aus dem Regen in die Traufe kamen.

„Die Frau Müller," schallt es in den Laden herüber, „hat gut drei Taler," und so angekündigt, erschien die Weberfrau vor der Fräulein Pfeffer. „Nehme Sie sich einen Stuhl," sagte dieselbe herablassend und kritzelte in ihr Buch. „Sie hat zwei Taler gutgeschrieben, was wünscht Sie, liebe Frau?"

Die Frau Müller zieht ein Papier heraus und legt es auf den Tisch; da sind verzeichnet: Kaffee und Zucker, Salz und Pfeffer, Baumöl und Brennöl, wollener Stoff zu einem Unterrock, wollenes Garn zu Strümpfen für den Mann und baumwollenes Zeug zu Hemden für die Kinder. Das Ganze macht einen Taler und vierundzwanzig Silbergroschen.

„Was legen wir hinzu für die sechs Silbergroschen, die noch fehlen?" sagt das Fräulein Pfeffer; „Sie ißt ja gerne Stockfisch, ein sehr gesundes Essen, und weiß Sie was, tue Sie ihrem Manne etwas zugut und nehme ein Pfund Tabak zu zwei Silbergroschen!"

„Aber mein Mann raucht nicht," sagt die Frau; „den Stockfisch würde ich schon nehmen."

„Stockfisch macht zwei Silbergroschen," entgegnete die Schwester des Prinzipals, „dazu legen wir zwei Ellen Band, um ihre Sonntagshaube aufzuputzen, macht fünf Silbergroschen, und," setzt sie mit einem Lächeln hinzu, das gutmütig aussehen soll, „wenn man so weit gegangen ist, kann man schon ein Schnäpschen trinken und eine Bregel essen, macht zusammen sechs Silbergroschen. Ein Taler vierundzwanzig und sechs macht zwei Taler." Wie der Blitz sind die zwei Ellen verschossenes, für die Frau ganz unbrauchbares Band abgeschnitten, der Kümmel, der sich in einer Flasche befindet, die so voll mit Fliegen ist, als habe man einen Fliegenlikör zubereiten wollen, ist eingeschenkt, eine harte Bregel danebengelegt, und die arme Frau muß es hinnehmen. Der Schnaps verdirbt ihr den Magen und, zu Hause angekommen, harrt ihrer eine unglückliche Familienszene, denn der Meister Müller kann bei seiner sitzenden Lebensweise keinen Stockfisch vertragen und tobt mit vollem Recht, als er die zwei Ellen Band bemerkt, die höchst unnötig sind und drei Silbergroschen gekostet haben.

Wie aber oft schon hier in der Welt Vergeltung für Gutes und Böses den betreffenden Taten auf dem Fuße folgt, werden wir zu unserer besonderen Genugtuung auf der Wiegkammer des Herrn Pfeffer zu sehen Gelegenheit haben. Herr Block flüstert dem Herrn Braun einige Worte zu und dieser meldet dem Prinzipal, der Färber Brand sei draußen. „Was will der Kerl?" fragt der Prinzipal, „ich habe nichts mit ihm zu schaffen."

„Aber ich mit Ihnen," sagt eine tiefe Stimme, und ohne die Erlaubnis abzuwarten, tritt der Angemeldete ins Gemach. Der Meister Brand ist eine große, kräftige Gestalt, nichts als Muskeln und Sehnen, welche ein außerordentlich starkes und kräftiges Knochengebäude zusammenhalten, eine Gestalt, wie sie recht für einen Färbermeister paßt. Das Gesicht hat einen braunen Anstrich, die Merkmale der frischen Luft und des Wassers, in welch beiden Elementen sich der Meister den Tag über bewegt, doch zeigt die Nase eine verdächtige Röte, die deutlich beweist, daß der Färber das letztere Element nur äußerlich, und daß er zur inneren Erwärmung und Auffrischung andere Mittel anwendet. Seine Hände, die unverhältnismäßig groß und lang sind, spielen in verschiedenen Farben, doch ist Violett und Schwarz vorherrschend. Er hat bei seinem Eintreten die Mütze mit sichtlichem Widerstreben abgenommen und drückt sie in der Hand zusammen.

„Was will er?" fährt ihn der Prinzipal an; „wir sind geschiedene Leute, gehe er mir aus den Augen, denn mir läuft die Galle über, wenn ich an die schöne Partie Schwarz denke, die Er, Meister Brand, durch Seinen ewigen Brand mir verbrannt." Es zuckt bei diesen Worten eine kaum merkliche Heiterkeit über seinen gelungenen Witz über das Gesicht des Prinzipals und der Herr Block und der Herr Braun lachen pflichtschuldigst.

Der Färber scheint aber nicht geneigt, diesen Witz so ruhig hinzunehmen, obgleich er ebenfalls ein klein wenig lacht. Das sind," sagt er mit seiner tiefen rauhen Stimme, „abgemachte Sachen und davon spricht man nicht weiter. Die Seide war verbrannt, so haben sie nämlich vor dem Fabrikgericht ausgesagt, obgleich der Meister Steffens eine Ware davon geliefert hat, eine Ware, nun, die nicht schlechter ist, als Ihre übrigen. Dabei haben Sie aber vergessen, daß ich den Auftrag hatte, die Ware schwerer zu färben, als es eigentlich möglich war, weshalb die Ware verderben mußte, was ich Ihnen im voraus gesagt."

„Und was wollt Ihr eigentlich?" entgegnete Herr Pfeffer, „wir sind im Reinen, das Gericht hat Euch den Abzug für die verbrannte Seide zuerkannt, Ihr habt ihn bezahlt und damit Punktum!"

„Noch lange nicht Punktum," versetzte der Färber ruhig; „es hat sich in der Abrechnung ein kleiner Fehler ergeben, das haben mein Advokat und ich herausgebracht und hier ist der Nachweis darüber." Er legte ein Papier auf den Kontortisch und der Chef des Hauses, während er es entfaltete, sagte gereizt: „Das ist unmöglich, ich irre mich nie."

„Zu Ihrem Nachteil, ganz richtig, das kommt wohl selten vor, aber zum Nachteil der armen Leute, die für Sie arbeiten, zuweilen."

(Fortsetzung folgt.)

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17062977519180702-11/fragment/page=0005

Luftdrucks umschlossen war. Infolgedessen konnte das Tiefgebiet seine Lage nicht wesentlich verändern, wodurch Mitteleuropa dauernd in seinem Bereich blieb. Infolge starker Druckunterschiede wurden die aus südwestlicher bis nordwestlicher Richtung wehenden Winde überall stark, stellenweise zu Stürmen an, wobei weit verbreitete, vielfach starke Regenfälle vorkamen, die im westlichen Binnenlande sowie an der Ostseeküste von Gewittern begleitet waren. Auf den Höhen der Mittelgebirge fiel Schnee, der dort vielfach eine Höhe von mehreren Zentimetern erreicht. Nachtfröste kamen infolge des bedeckten Himmels glücklicherweise in der Ebene bisher nirgends vor. Angesichts der sowohl von Südwesten wie von Südosten her fortschreitenden Zunahme des Luftdrucks ist mit fortschreitender Aufheiterung und dementsprechend mit weiterer Erwärmung für den Beginn der Woche zu rechnen. Da aber die Depression mit ihrem Minimum immer noch über Südskandinavien verlagert ist, und da sich an ihrer Südseite anhaltend noch Randwirbel bilden, so dürfte die Witterung zunächst noch veränderlich bleiben.

* **Brennesselsammlung in Halle.** Der Magistrat hat im Geschäft des Altpfändlers A. Samuel, Alter Markt 7, eine Sammelstelle für Brennesseln errichtet. Dort werden sowohl die getrockneten Stengel als auch die getrockneten Blätter der Brennessel angenommen. Den Sammlern wird für das Pfund getrockneter Stengel oder Blätter der Preis von 14 Pf. vergütet. Außerdem wird Sammlern für je 10 Kilogramm trockener Nesselstengel 1 Wickel Nähgaben aus Brennesselmischgarn weiß oder schwarz unentgeltlich und ohne Bezugsschein gewährt. Die Sammler werden darauf aufmerksam gemacht, daß die Nesselstengel beim Sammeln abgeschnitten werden müssen, nicht mit den Wurzeln ausgerissen werden dürfen, damit die Pflanze im nächsten Jahr wieder Stengel treibt.

* **Ueber die Tätigkeit Hallescher Schulkinder als Laubsammler** wird unter anderem folgendes mitgeteilt: Die Besürchtung, die bei oberflächlicher Betrachtung naheliegen möchte, daß die Umgebung von Halle aus Mangel an größeren Laubwäldern der Schuljugend von Halle nur wenig Gelegenheit zur Betätigung gebe und daß die Ferienverschiebung für unsere Stadt ihren Zweck nicht erreiche, ist unbegründet. Im Gegenteil: neben Magdeburg war Halle wohl eine der ersten Städte der Provinz, in der das Sammeln von Laub organisiert wurde. Seit dem 30. Mai zieht Tag um Tag eine der höheren Schulen in einer Stärke von 250 Schülern von Halle zum Petersberg, wo in dem nahe gelegenen Bergholze, einem für unsere Zwecke geradezu idealen Walde mit viel Unterholz, Laub gewonnen wird. Dank dem Entgegenkommen der Kgl. Eisenbahndirektion werden die Schüler mit der Bahn bis Teicha und zurück befördert. Seit dem 19. Juni haben sich auch die Mittel- und Volksschulen der Organisation angeschlossen; sie arbeiten täglich in zwei Abteilungen auf der Radeninsel und auf dem Trotzoer Werder. Unter günstigen Umständen ist die Tagesleistung aller drei Schulgruppen rund 50 Zentner, unser bisheriges Gesamtergebnis 800 Zentner. Das frische Laub geht sofort mit Leiterwagen nach der Darre von Wipperling & Co. in Halle, wo es künstlich getrocknet und nachher gemahlen wird. Der große Vorteil für die Schulen Halles ist der, daß bei der großen Gesamtzahl der Schüler täglich in einer Stärke von 800 gearbeitet werden kann und daß dabei trotzdem die einzelne Schule höchstens einmal in der Woche herangezogen werden muß; sonst würde bei den jetzigen Ernährungsverhältnissen die Arbeit, die naturgemäß der Appetit besonders anreizt, als unangenehme Belastung empfunden werden. An der Spitze der Organisation steht der Ortssammelleiter, der von dem Kriegswirtschaftsamte bezw. der Kriegswirtschaftsstelle ernannt ist.

Theater, Sehenswürdigkeiten usw.

Stadttheater.

Der Zigeunerbaron. Operette von Johann Strauß. „Verflüchtet Kerl," dieser Johann Strauß, um mit dem edlen „Schweinefürsten" Flugen zu reden. Woher er nur diese vielen, ebenso originellen wie leichtverständlichen musikalischen Themen hat, und wie er nur zu dieser farbenprächtigen, ebenso flüssigen wie tiefschürfenden Instrumentierung gekommen ist? Da sitzen nun unsere modernen Operettenbuchtoren beisammen, grübeln und erfinden, feilen und retouschieren, daß es nur so seine Art hat; und besieht mans sich, dann ist es doch nur ein trostloses Gestammele, vor dem man sich die Ohren mit Werg verstopfen möchte, wie weiland Obeffens, — nur daß es in diesem Falle aus umgekehrter Ursache als dem lockenden Gesang schöner Sirenen geschieht! Der bestimmende Unterschied liegt eben darin, daß dieser Johann Strauß ein wirklicher, genial empfindender Musiker war, dem die Melodien nur so aus der Kehle flossen, während unsere modernen Operettenmacher mehr oder weniger große Stümper sind, die sich alles mühsam abringen müssen, wenn sie es nicht schon vorziehen, zu „entlehnen" oder die Musik gar einem anderen offen wegzunehmen, wie beispielsweise dem armen Schubert zum „Dreimäderlhaus". Das Libretto, nun ja, es könnte besser sein, vor allem, wenn man es am Wert der Musik gern gleichgestellt gesehen hätte. Aber trotzalledem steht es doch noch turmhoch über dem hanebüchenen Unsinn, der einem lachstrohen Publikum in den modernen Operetten vorgesetzt wird, der geradezu unerklärliches Renommee der Operette von heutzutage gemordet zu sein scheint. Außerdem liegt doch auch die geniale Straußsche Musik über solche kleine Schönheitsfehler hinwegsehen, ja, die Musik ist doch hierbei eigentlich die Hauptsache. In der modernen Operette aber kann weder das eine mit dem anderen zugedeckt werden, noch umgekehrt; im Gegenteil, dort muß der Unsinn des Librettos erst erreichen, was mit dieser Musik allein nicht zu schaffen ist. Wie glücklich können wir uns doch preisen, daß wir für die jetzigen mageren Jahre wenigstens einen Johann Strauß — neben Millöcker, Zeller usw. — herübergerettet haben.

Die Aufführung am Sonntag war recht ungleichmäßig: neben vielem Schönen fand sich doch auch manches Mangelhafte. Herr Stanzpa war als Barinkai im Spiel ganz gut, doch gesanglich reichte es nicht zu. Durchweg Erfreuliches boten dagegen Herr Förster als Zipan sowie die Damen Schmidt als Saffi und Dorp als Arsena. Der Chor warf ein paarmal, das Orchester unter Herrn Röhrens Leitung bot Ausgezeichnetes. cw.

•

Stadttheater. Heute Dienstag „Tiefland", Mittwoch „Mutter", Donnerstag (Erstaufführung) „Der Renisor", Freitag „Die Rose von Stambul", „Der Troubadour", Sonntag nachmittag Volksvorstellung bei ganz kleinen Preisen „Herrschaftlicher Diener gesucht", abends „Der Zigeunerbaron".

Aus der Provinz.

Influenza-Epidemie.

Die amtlichen Stellen in Wittenberg sehen sich veranlaßt, folgendes bekanntzugeben:

Seit einigen Tagen traten plötzlich in verschiedenen Kasernen Wittenbergs zahlreiche Fälle von Influenza auf, deren Verbreitung durch die zur Zeit ziemlich enge Belegung der Kasernen begünstigt wurde. Die Zahl der Erkrankten, von denen die meisten nur ganz leichte Erscheinungen darboten, beträgt 250—300. Zwei Erkrankungen führten durch Hinzutreten von Lungenentzündung zum Tode. Es sind sofort alle erforderlichen Vorsichtsmaßregeln (möglichste Absperrung der Kasernen und Lagarette, vorläufige Urlaubssperre usw.) getroffen worden. Die zuständigen Hygieniker des III. und IV. Armeekorps und Fachärzte sind sofort hinzugezogen worden. Zur Beruhigung der Bürgerschaft kann mitgeteilt werden, daß die Zahl der Krankenmeldungen bedeutend abgenommen hat, und daß die Erkrankung im allgemeinen harmlos verläuft, so daß schon eine große Zahl der Erkrankten wieder zu ihren Truppenteilen entlassen werden konnte.

Diese Erkrankungen sind innerhalb unserer Landesgrenzen bisher nur noch in Nürnberg aufgetreten, darüber hinaus aber in England und Frankreich, vor allem aber in Spanien, wo sie ja auch entstanden sein sollen, weshalb diese merkwürdige Erscheinung „spanische Grippe" genannt wird. Nach einer Mitteilung des Pasteur-Instituts in Paris jedoch stammt die Krankheit von der Front. Im Mai kam sie zum erstenmal nach Paris, dehnte sich dann auf Spanien aus und ist ich nun wieder nach Paris zurückgekehrt. Wenn sie sich nicht auf Spanien ausgedehnt hätte, so würde die Welt wohl nie etwas von ihr erfahren haben.

Ein Mitglied des Kochschen Instituts in Berlin hat bereits Fälle der neuen Krankheit behandelt und in einem Falle den Influenzabazillus einwandfrei nachgewiesen. Seinen Beobachtungen zufolge werden ältere Personen weniger als junge Personen von der Krankheit befallen, die nach heftigem Fieber mit Schleimhautreizung innerhalb 2 bis 3 Tagen harmlos verläuft. Die Gefahr für die Zivilbevölkerung hält er für gering. Bisher sei bei den Erkrankungen noch kein Todesfall vorgekommen.

•

Der Geh. Medizinalrat Prof. Dr. Friedrich Kraus hat sich dem Berliner Tageblatt gegenüber folgendermaßen über diese Krankheit geäußert:

„Ich kann bereits soweit Auskunft geben, daß der Charakter dieser Epidemie bisher im allgemeinen sehr gutartig ist. Die Menschen erkranken gewöhnlich plötzlich, manchmal mit einem Schüttelfrost und daran schließt sich ein mehrtägiges Fieber an. Die Temperatur kann ziemlich hoch werden, ja, sie kann bis 40 Grad steigen. Fast immer zeigt sich eine Rötung der Bindehaut, der Nasenschleimhaut und eine Entzündung der Rachenschleimhaut. Mandelentzündungen sind seltener zu beobachten. Ferner ist in der Mehrzahl der Fälle auch ein leichter Luftröhrenkatarrh, in der Regel ohne reichlicheren Auswurf, zu bemerken. Besonders im Anfang leiden die Kranken an Kopf- und Nackenschmerzen, Nackenstarre jedoch fehlt. Oft gehen diese Schmerzen scheinbar von den Nebenhöhlen der Nase und von der Stirnhöhle aus. Die Kranken sind im Anfang benommen und klagen auch über Schmerzen an verschiedenen Stellen des Körpers. Manchmal sind auch Darmerscheinungen vorhanden. Es fällt auf, daß die Pulsfrequenz trotz der starken Temperatursteigerung nicht erheblich ist. Trotz Temperatur in der Achselhöhle bis zu 40 Grad können sich Pulszahlen unterhalb der Norm finden. Die durchschnittliche Krankheitsdauer ist bisher kaum feststellbar, aber gewöhnlich ist auch bei den hochfiebernden Kranken die Temperatur nach vier bis fünf Tagen wieder die gewöhnliche.

Es ist bemerkenswert, daß auch junge und sehr kräftige Männer von der Krankheit erfaßt werden. Die Krankheit verläuft im allgemeinen gutartig. Auch die Erholung ist eine ziemlich rasche, wenn nicht Komplikationen hinzutreten.

Daß die bei Komplikationen gelegentlich beobachteten Eiterexeger nicht die Ursache der eigentlichen Erkrankung sind, dafür spricht wohl der ganze Charakter der Krankheit und das, was wir sonst von diesen Eiterexegern wissen. Den von Pfeiffer entdeckten Influenzabazillus habe ich bisher nicht gefunden.

Gern ergreife ich die Gelegenheit, beruhigend zu wirken. Natürlich kann sich aber mein Urteil nur auf die bisherigen, mir bekannten Fälle beziehen. Aber was wir bis jetzt beobachtet haben, gibt zu stärkerer Besorgnis noch keinen Anlaß, selbst wenn wir es hier mit einer Massenerkrankung im strengen Sinne zu tun hätten.

Ob wir es hier mit derselben Epidemie zu tun haben, wie diejenige von 1889 und 1890 gewesen ist, darüber möchte ich mich noch nicht bestimmt aussprechen. Aber sicher handelt es sich, wenn nicht um dieselbe, so doch um eine ähnliche Massenkrankheit. Besonders der Beginn dieser Epidemie ist dem der letzten Influenzaepidemie sehr ähnlich.

Wenn ich einen Rat hinzufügen soll, so wäre es der, daß jeder Mensch, der jetzt plötzlich Fieber bekommt, sofort das Bett aufsuchen und sich schonen muß. Die verzeiteten und verschleppten Fälle verlaufen gewiß übler. Von Mitteln, die die Krankheit etwa kupieren können, wissen wir durchaus nichts Sicheres. Es wäre recht töricht, wenn irgendein Arzneimittel plötzlich „Mode" würde. Da die Disposition für die Krankheit jedenfalls sehr verbreitet ist, so wird leider die Isolierung nicht sehr viel nützen und kaum überall möglich sein."

Merseburg. Kein großes Fischsterben. Durch die Blätter war dieser Tage die Nachricht gegangen, in der Luppe hätten giftige Kanalabwässer der Leipziger Industrie über 100 Zentner Fische vernichtet. Diese ohnehin etwas unglaubwürdige Nachricht wird nun durch folgende Zuschrift an den Correspondent als unwahr bezeichnet: Es muß festgestellt werden, daß diese Meldung sehr stark übertrieben ist. Wollte man die Luppe z. B. vollständig ausfischen, würde man im günstigsten Falle zusammen einige Zentner Fische erhalten. Den Fischreichtum der Luppe kennt man nur von Hörensagen. Daß durch die Kanalabwässer einige Fische zugrunde gegangen sind, ist richtig. Hätte man sie gesammelt, dann würden vielleicht doch 20 bis 30 Pfund zusammen kommen. Von über hundert Zentnern Fische, die zugrunde gegangen sein sollen, zu sprechen, ist also nur ein Phantasieprodukt eines schreibseligen Berichterstatters, der damit das an und für sich belanglose Vorkommnis sensationell aufbauschte und dem Leser schmackhaft machen wollte. Da die Notiz nur dazu angetan ist, vollständig unbegründete Unruhe zu stiften, sei sie hiermit richtiggestellt.

— **Preiserhöhung im Friseurgewerbe.** Die Barbier- und Friseur-Innung ist durch die andauernden Preiserhöhungen der Rohmaterialien gezwungen, die Preise für Rasieren und Haarschneiden vom 1. Juli an zu erhöhen. Auch für die Bedienung der Kundschaft in der Privatwohnung tritt eine dementsprechende Preiserhöhung ein, da hierfür Personal nur in beschränktem Maße noch zur Verfügung steht.

Merseburg. Städtische Möbelbeschaffung. Auf Anregung des Regierungspräsidenten hat es nach dem Vorbild anderer Handwerkskammerbezirke und Gemeindeverwaltungen die Handwerkskammer für den Regierungsbezirk Merseburg unternommen, zum Zweck der Beschaffung von Möbeln für Minderbemittelte eine Gesellschaft in folgender Form zu gründen: Es wird auf Grund der Bestimmungen des H. G. B. eine gemeinnützige Gesellschaft mit etwa 250 000 M. Stammkapital errichtet. Die Anteile werden auf 500 M. festgesetzt, die von der Provinzialverwaltung, den Kreisausschüssen, Magistraten, industriellen Betrieben und Privaten aufgebracht werden. Die Herstellung der Möbel erfolgt durch die selbständigen Handwerker, die deswegen sich möglichst zu Genossenschaften zusammenzuschließen haben, auf Rechnung der gemeinnützigen Gesellschaft. Der Magistrat hat beschlossen, sich für die Stadtgemeinde Merseburg an der zu gründenden Gesellschaft zur Beschaffung von Möbeln für Minderbemittelte mit 2 Geschäftsanteilen zu je 500 M. zu beteiligen und die Mittel dazu aus den von der Stadtverordnetenversammlung am 28. Jan. 1918 zur Beschaffung von Möbeln zur Verfügung gestellten 10 000 Mark zu entnehmen. Voraussetzung für die Beteiligung der Stadt ist, daß bei der Möbelanfertigung die hiesigen Tischlermeister in Form einer Lieferungsgenossenschaft Beschäftigung finden und daß, wenn möglich, die von ihnen hergestellten Möbel ihrem bisherigen Kundenkreise zugeführt werden. Nach einer bei verschiedenen Nachbarstädten gehaltenen Anfrage werden sich beteiligen Eilenburg mit 1 Geschäftsanteil, Zeitz mit 2 Geschäftsanteilen, während Naumburg, Wittenberg und Eisleben von einer Beteiligung absehen.

Weißenfels. Wäsche- und Kleiderverkauf an Minderbemittelte. Die Reichsbekleidungsstelle hat der Stadt abermals Strümpfe, Wäsche und Frauenkleider zum Verkauf an Bedürftige übergeben, die in den bekannten Geschäften zu haben sind. Die Kinderstrümpfe kosten 1.75 bis 3.25 M., Frauenstrümpfe 3.60 bis 4 M., Männersocken 2.85 M., Mädchenhemden 3.90 bis 6.50 M. (4 Sorten), Windeln 75 Pf. und 1.15 M. (2 Sorten) Unterlagen 1.25 M., Frauenröcke 18.55 M., Frauenblusen 11.20 M., Jackenkleider 95.50 bis 123.60 M. (8 Sorten). Der Verkauf der Mädchenhemden, Frauenröcke, Frauenblusen und Jackenkleider darf nur gegen Bezugsschein und gegen eine Bescheinigung darüber, daß Bedürftigkeit vorliegt, der Verkauf von Windeln und Unterlagen nur gegen die Bescheinigung erfolgen. Der Bezugsschein ist im Bezugsscheinbureau, die Bedürftigkeitsbescheinigung auf dem Rathause, Zimmer 13, erhältlich. Die Prüfung der Bedürftigkeit wird in jedem Falle genau erfolgen, da nur wenig Ware zugewiesen ist.

Weißenfels. Deutsch-Weißenfelser Braunkohlen-Aktien-Gesellschaft. Der Abschluß für 1917/18 weist einen Betriebsgewinn von 4 [illegible]018 (4813 440) M. auf. Hierzu kommen noch vereinnahmte Zinsen von 178 090 (81 858) M. Steuern und öffentliche Lasten erfordern 473 587 (873 594) M. und Schuldverschreibungen 126 900 (138 450) M. Die Abschreibungen wurden bemessen auf 1 840 854 (1 810 419) M. Unter Hinzurechnung des Vortrages ergibt sich ein Reingewinn von 1 700 483 (3 064 460) M. Hieraus soll eine Dividende von wieder 10 Proz. verteilt werden. Wie der Vorstand berichtet, haben die Selbstkosten bei der stetigen Preissteigerung aller Betriebsstoffe sowie beim starken Anwachsen der Löhne und der sonstigen Kosten eine ganz beträchtliche Erhöhung erfahren, welche die des Vorjahres noch übertrifft. Der Handelsminister habe jedoch gegenüber den am Schlusse des Geschäftsjahres gestellten Anträgen des Bergbaues auf angemessene Preiserhöhung, die sich auf die anhaltende Erhöhung der Selbstkosten stützten, bisher eine ablehnende Haltung eingenommen. Die ordnungsmäßige Instandhaltung der Betriebseinrichtungen war zu einem wesentlichen Teile unmöglich gemacht, weil weder Facharbeiter noch die erforderlichen Materialien zur Verfügung standen; diese Arbeiten mußten daher für günstigere Zeiten, nach Friedensschluß, verschoben werden. Um jedoch die dann erwachsenden sehr hohen Kosten schon auf die jetzige Zeit, wenigstens zum Teil, zu übernehmen und damit die Gleichmäßigkeit der Betriebsergebnisse tunlichst zu sichern, ist ein neues Konto eingerichtet: Für Beseitigung während des Krieges entstandener Schäden, Erneuerungen und Uebergang in die Friedenswirtschaft. Aus diesem Konto sollen die eigentlich dem jetzigen Betriebe zur Last fallenden Unkosten später gedeckt werden. In der Bilanz werden u. a. ausgewiesen: Außenstände mit 1 016 289 (1 545 906) M., Bankguthaben mit 2 666 108 (1 042 496) M., Materialienbestände mit 705 415 (488 066) Mark, Warenbestände mit 140 779 (148 383) M., während Gläubiger 2 970 880 (3 810 091) M. zu fordern haben.

Querfurt. Kindesmord. Im Teich in Vaberleben wurde am 27. Juni eine Kindesleiche von ungefähr 6 Wochen gefunden. Des Mordes verdächtig ist die uneheliche Mutter mit ihrem Liebhaber, einem verheirateten Familienvater.

Naumburg. Umzüge und Lebensmittelversorgung. Die Haushaltungsvorstände werden wiederholt darauf hingewiesen, daß nicht nur die Zuzüge von außerhalb, sondern auch die Umzüge innerhalb der Stadt der Kartenhauptstelle Lutzenschule, Zimmer 9, anzuzeigen sind. Das gilt auch, wenn einzelne Mitglieder eines Haushalts in einen anderen aufgenommen werden, insbesondere gilt es für Untermieter. Die polizeiliche Meldung im Melbeamt genügt nicht, diese ist außerdem zu bewirken. Wenn die vorgeschriebenen Anzeigen nicht richtig oder nicht rechtzeitig erstattet werden, entstehen Schwierigkeiten bei der Ausgabe von Lebensmittelkarten. Es liegt also im Interesse eines jeden, die bestehenden Vorschriften genau zu beachten.

— Anschlag auf einen Güterzug. Der hiesige Erste Staatsanwalt gibt folgendes bekannt: Am 8. Juni 1918, vormittags 6.15 Uhr, entgleiste der Güterzug 7980 bei der Einfahrt in Mertendorf. Die Entgleisung ist vorsätzlich herbeigeführt. Bei der Besichtigung der Entgleisungsstelle wurde in unmittelbarer Nähe der Weiche 1 ein etwa 30 Zentimeter langes Stück eines Pufferstengels gefunden. Der Pufferstengel ließ erkennen, daß er längere Zeit im Braunkohlenstaub gelegen hatte. Der Täter hat offenbar den Pufferstengel in die Weiche eingeklemmt, und zwar so, daß er über die Schiene herausragte, und hat dadurch die Entgleisung bewirkt. Als Täter kommt ein junger Mensch von 16 bis 17 Jahren in Frage. Die Königliche Eisenbahndirektion hat für die Ermittelung des Täters eine Belohnung von 500 M. ausgesetzt. Ich ersuche um sachdienliche Mitteilungen zu den Akten I. J. 1409/18.

Zeitz. Lebensmittel-Verteilung. In der Woche vom 1. bis 7. Juli gelangen zur Verteilung: auf Lebensmittelmarken Nr. 163: 125 Gramm Graupen, Preis 9 Pf., am Donnerstag, Nr. 164: 1 Maggis oder Knorrs Suppenwürfel, Preis 10 Pf., am Freitag, in beiden Fällen dort, wo die Ware bestellt ist; Nr. 165: 250 Gramm Marmelade, Preis 46 Pf., am Sonnabend in den meisten Geschäften.

— Zur Kriegerwitwen- und Waisenversorgung gibt die hiesige Stelle der Nationalstiftung bekannt: Wenn wir auch nach Lage der gesetzlichen Bestimmungen nicht in der Lage sind, grundsätzlich die Kriegshinterbliebenen allgemein in gleicher Weise wie die Kriegerfrauen zu bedenken, so werden wir doch — wie es auch schon in vielen Fällen geschehen — auf Antrag im Falle der Bedürftigkeit gern für die Kriegshinterbliebenen eintreten und ihnen in allen ihren Verhältnissen mit Rat und Tat helfend zur Seite stehen. Wir können den Kriegerwitwen nur immer wieder anheimgeben, ihre Anliegen bei unserem Schriftführer, Herrn Oberstabssekretär Bernstein, anzubringen. Wenn und soweit wir irgend helfen können — auch für die Erziehung und das Fortkommen der Kinder — wird bestens alles geschehen.

Wittenberg. Beschlagnahmt. Durch den Lebensmittelkontrolleur wurden auf dem Wochenmarkt Gänse beschlagnahmt, da die Verkäuferinnen, zwei auswärtige Handelsfrauen, 60—70 M. für das Stück forderten.

— Diebstahl. Nachts haben Diebe dem an der großen Rothemarkstraße gelegenen Obstgarten des Herrn Lubandt einen Besuch abgestattet. Nachdem die Diebe das Drahtgitter, mit dem der Garten eingefriedigt ist, durchschnitten hatten, sind sie eingedrungen und haben fast sämtliche Stachel- und Johannisbeeren gestohlen. Nach den vorgefundenen Fußspuren sind zwei erwachsene Personen in dem Garten gewesen, und eine dritte scheint den Aufpasser gemacht zu haben.

Sangerhausen. Der Bürgermeister Seebert ist am 1. Juli aus den Diensten unserer Stadt geschieden, um den Bürgermeisterposten in Senftenberg (Niederlausitz) anzutreten, für den er vor kurzem gewählt wurde.

Partei-Literatur.

Von der Neuen Zeit ist soeben das 13. Heft vom 2. Band des 36. Jahrgangs erschienen. Aus dem Inhalt des Heftes heben wir hervor: Wahlrechts- und Herrenhausreform in Sachsen. Von Emil Kitzsche (Mitglied des Sächsischen Landtags.) — Mehrings Marx-Biographie. Von Heinrich Cunow. — Moderne Mystik. Anleitungen zum Verständnis der jüngsten Dichtung. Von Edgar Steiger. — Die Sozialdemokratie und die nächste Generation. Von Richard Schiller.

Die Neue Zeit erscheint wöchentlich einmal und ist durch alle Buchhandlungen, Postanstalten und Kolporteure zum Preise von 3.90 M. das Vierteljahr zu beziehen; jedoch kann dieselbe bei der Post nur für das Vierteljahr bestellt werden. Das einzelne Heft kostet 30 Pfennig.

Probenummern stehen jederzeit zur Verfügung.

Die Sozialistischen Monatshefte, redigiert von Dr. J. Bloch (Geschäftsstelle: Berlin W 35, Potsdamer Straße 121 b) haben soeben das 15. und 16. Heft ihres 24. Jahrgangs als Doppelheft erscheinen lassen. Aus seinem Inhalt heben wir hervor: Der austropolnische Plan, von Karl Leuthner, Mitglied des österreichischen Reichsrats. — Was soll das Aktionsprogramm? von Max Cohen, Mitglied des Reichstags. — Halbheit oder ganze Kolonialpolitik? von Max Schippel. — Die Kenntnis des Ostens, von Dr. Ludwig Quessel, Mitglied des Reichstag. — Arbeit, von Gustav Müller-Wolf. — Die weltwirtschaftliche Bedeutung der Messen, von Emil Kloth, Vorsitzenden des Buchbinderverbandes. — Zur Philosophie des Sozialismus, von Dr. Otto Koester. Mitgesellen, und anderes mehr. Der Preis dieses Doppelheftes beträgt 1.20 M., der eines Vierteljahrsabonnements 3.60 M. Zu beziehen durch jede Buchhandlung, in den Kiosken und Bahnhöfen, bei allen Kolporteuren, durch jede Postanstalt sowie direkt durch den Verlag der Sozialistischen Monatshefte, Berlin W 35. Man verlange vom Verlag ein Heft zur Ansicht.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17062977519180702-11/fragment/page=0006